

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburgische Volkszeitung 1919

168 (24.7.1919) [laut Vorlage Nr.167 (24.7.1919)]

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83871](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83871)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochzeitung, Dammer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4.62 M., zweimonatlich 2.80 M., durch die Post frei ins Haus 3.08 M.; einmonatlich 1.40 M., durch die Post frei ins Haus 1.54 M. Einzelnummern 10 Pf. Probenummern acht Tage gratis u. franko.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Platznahme 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 6 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets gegen Einsendung von Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Retentionrecht aus.

In Halle von Höcker, Gesselt, Spere, Halpermann, Wilschmied, Betriebsräte in unseren eigenen Bezirken über diesen oder jenen Dienstleistungen haben der Verfasser und Verleger keine Kapazität, falls die Zeitung verpachtet, in bestimmten Umfang oder nicht erscheint.

Nr. 167, Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5, Postfach-Konto: Hannover 7908. **Heute, Donnerstag, 24. Juli 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barelmann, Althornstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung.

Am 22. Juli. Die zweite Beratung der Verfassung wird mit dem Artikel 18 territorialer Gliederung des Reiches fortgesetzt.

Nach dem Kompromißantrag Loeb (Soz.) Trimborn (Zentr.) Heine (Dem.) bedürfen Gebietsänderungen oder Neubildungen von Ländern innerhalb des Reiches der Zustimmung der beteiligten Länder und der Bestätigung durch Reichsrat. Der Kompromißantrag will ferner in die Verfassungsbestimmungen einen neuen Artikel 164 aufnehmen, nach dem die Bestimmungen des Artikels 18, die für den Fall gelten, daß die Länder nicht zustimmen, erst nach zwei Jahren nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten. In Verbindung mit Artikel 18 werden die Artikel 62 und 64 (Stimmrecht und Vertretung der Länder im Reichsrat) beraten.

Abg. Solimann (Soz.): Wir stimmen dem Kompromißantrag zu. Ich glaube ohne Widerspruch feststellen zu können, daß alle Vertreter der Rheinlande einig sind in der Auffassung, daß jetzt irgend welche Lösungsexperimente im Rheinland nicht vorgenommen werden dürfen.

Abg. Dr. Raas (Zentrum): Wir verzichten auf die Wiederbelebung der Gegenläge, die in der Länderfrage bestehen, weil wir in dem Kompromißantrag den Vorbehalt einer künftigen Verständigung gefunden zu haben glauben. Berechtigten Wünschen nach Neubildungen muß der Weg geöffnet bleiben, ebenso nachdrücklich sind aber wilde Staatenbildungen zu verhindern. Die Bewegung nach Selbstständigkeit der Rheinlande ist da. In der rheinischen Frage muß die Schwere der Reichsregierung nunmehr aufliegen.

Abg. Fritsch (Dem.): Ich bin Gegner der rheinischen Republik und beurteile die Bewegung unter meinen Landsleuten wesentlich anders, als das nunmehr geschieht. Ich glaube, daß es sich bei der Selbstständigkeitsbewegung im Grunde um edle deutsche Nationalgefühl handelt, das aber irrefühlerweise geleitet worden ist.

Abg. Philipp (Deutsch-natl.): Das Rheinland, das einst nur ein Sammelurium geistlicher und weltlicher Herrschaften war, denkt Preußen seine politische Einheit. Bis zuletzt werden wir den preussischen Staat als ein Ganzes verteidigen. Preussischer Minister Seiner: Preußen ist weit entfernt von jedem preussischem Partikularismus. Das Preußen, das wir aufbauen wollen, ist nicht das alte, und wenn wir Preußen stark erhalten wollen, so tun wir es, um es stark und festig zu machen für die Aufgaben des Reiches. Preußen ist nicht abgetrennt, im Interesse der Reineinheitsbewegung auch preussische Gebiete abzugeben. Es verhandelt darüber bereits mit dem Freistaat Hamburg und im Augenblick auf einem Boden, den ein Erbes erschüttert hat. In den letzten Jahren soll er sich einmal sehen, und dann können wir überlegen, ob wir an eine Veränderung der Grenzen herantreten wollen.

Abg. Heine (Deutsche Volksp.): Ich sehe als Sache der preussischen Frage objektiv gegenüber, aber gerade deshalb bedauere ich um so tiefer die Aneignung, die sich vielfach gegen Preußen geltend gemacht hat. Wenn man den preussischen Staat vernichtet, trifft man Deutschland ins Herz und macht einen Wiederaufbau des Reiches unmöglich.

Heftiger Zustimmung Minister Brentano di Tremezzo: Der Abg. Dr. Philipp ist gänzlich unorientiert über die Verhältnisse im Süden, wo es keine Partei gibt, und wie es für die Wälder der Norddeutschen charakteristisch ist. Uns gegenüber wird man direkt feindselig. Der Redner wird schließlich durch lebhafteste Schlußrufe aus allen Teilen des Hauses unterbrochen.

Abg. Dr. Haas (U. S.): Das Kompromißrecht wird einer fairen Entscheidung. Die Entwicklung geht auf den Einheitsstaat hinaus. Ein Schlußantrag Gröber (Zentrum) Loeb (Soz.) Blum (Dem.) wird mit großer Mehrheit angenommen. Infolgedessen erklärt eine große Anzahl Abgeordneter ihr Bedauern darüber, daß sie nicht mehr zum Wort gekommen sind.

Artikel 162 wird in der Ausschlußfassung genehmigt. Zu Artikel 162 (Abgrenzung) wird in der gleichfalls gestern ausgelegten namentlichen Abstimmung der Antrag Buer (Soz.) auf Aufhebung der privaten Regale und Nutzungsrechte mit 132 gegen 118 Stimmen angenommen.

Darauf tritt eine Pause von 1.30—4 Uhr ein. Dann wird die Beratung bei dem Abschnitt Leberungs- und Schulbestimmungen fortgesetzt. Artikel 174 bestimmt, daß in den nächsten 15 Jahren Mitglieder der Familien von Landesherren, die 1918 in Deutschland regiert haben, nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können.

Je ein Antrag Kraus (Deutsch-natl.) und Heine (Deutsche Volksp.) wollen die Bestimmung streichen. Ein Antrag Frau Agnes (U. S.) will, daß die Mitglieder solcher Familien, die in Deutschland regiert haben, überhaupt nicht zum Reichspräsidenten gewählt werden können.

Abg. Gröber (Zentr.): Wertwichtig, daß in der freieren Verfassung die Freiheit der Wahl in einem wichtigen Punkte durchbrochen wird durch eine dafür liegt nicht vor. Abg. Philipp (Deutsch-natl.): Es ist ein Übel, in eine freiere Verfassung ein Ausnahmengesetz zu bringen, das außerdem ganz nutzlos ist.

Abg. Dr. Raas (Deutsche Volksp.): Nur daß der Antrag haben eine solche Bestimmung diktiert; beide sind aber keine vernünftigen Motive für die Befehlgabe. Die deutschen Fürsten haben sich der Revolution gegenüber korrekt bis zur Schwärze gezeigt. Sie können nur wiederkommen, wenn — was ich nicht wünsche — die Republik abgemildert ist.

Abg. Braun (Soz.): Die Monarchie von heute wäre nur ein kurzes Intermezzo. Abg. Weber (U. S.): Die wirklichen Demokraten der Welt werden aus der Bestimmung entnehmen, wie weit der Republikanismus in Deutschland verankert ist. Abg. Fritsch (Dem.): Die Anträge der beiden sozialistischen Parteien sind weiter nichts als Angriffswort. Wir Demokraten sind überzeugt, daß das deutsche Volk bei der Präsidentenwahl keine Dummheit begehen wird.

Reichstagsminister Dr. Frey: Ein bestimmter Termin braucht nicht in dieser Leberungsbestimmung zu stehen. Dazu ist nötig, die Zeit festzusetzen, die die Nationalversammlung für notwendige Arbeiten noch braucht. Aber alle Berechnungen sind seit Monaten wieder eintausend worden. Die Verhandlungen sind beim besten Willen nicht zu übersehen. Daß die Nationalversammlung und jede Partei ohne Ausnahme ihr Mandat nicht verweigern will, ist selbstverständlich. Sobald es möglich ist, das Ende abzusehen, wird die Wahl festgelegt werden.

Nach weiterer Aussprache wird der Artikel angenommen, ebenso der Schulartikel. Angenommen werden Entschlüsse, die die Einsetzung einer Reichsvermittlungsgesellschaft fordern. Ferner soll geprüft werden, ob die kleinen Staaten unter einer Million Einwohner befristigt werden können. Schließlich wird noch die Aufhebung der Militärpflicht diskutiert.

Damit ist die zweite Lesung der Verfassungsvorlage beendet. Der Präsident dankt dem Hause für die mühselige Arbeit. Mittwoch 10 Uhr: Politische Aussprache. Schluß 7.30 Uhr.

Deutsch-demokratischer Parteitag.

Berlin, 21. Juli 1919. Am Samstagmittag begann im großen Festsaal der Willharmonie der Erste Parteitag der Deutschen-Demokratischen Partei, der bis zum 22. Juli dauern wird. Zum Ersten Vorsitzenden des Parteitages wurde der Abg. Koch-Rosel gewählt. Der Abg. Rupprecht erstattete den Bericht der Parteileitung. Danach hat die Partei zurzeit eine 900 000 organisierte Mitglieder. Der Abg. Beerlein berichtete über die Tätigkeit der Fraktion in der Nationalversammlung. Die Friedensfrage sei für die Fraktion eine Programfrage gewesen. Es sei falsch, wenn behauptet würde, daß andere Gründe als die der äußeren Politik die Demokraten zum Austritt aus der Regierung bestimmt hätten. Die Partei sei stets bereit, mit der Regierung zu arbeiten, um ein freies Deutschland zu schaffen. Jetzt wolle die Partei nur mahnend neben der Sozialdemokratie einhermarschieren. Aber auch jetzt werde die Partei die Wehrwirtschaftlichen in jeder wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Angelegenheit selbstlos unterstützen. Gegen die Unabhängigen u. Kommunisten könne die Partei nicht sofort gegen genossen werden. Das Ideal der Partei gipfeln in dem Ideal sozialer Gerechtigkeit, dem der Reichs genau so dienen könne wie der Arme.

Die Sonntagvormittags-Tagung wurde eröffnet mit dem Referat des Grafen Bernstorff über die auswärtige Politik. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes: Eine Weltpolitik, wie wir sie vor dem Kriege getrieben haben, ist jetzt unmöglich. Wir müssen die Revision des Friedensvertrages verlangen. Wir wollen die auswärtige Politik neu aufbauen. Der Weg führt in den Widerstand und durch ihn zur Revision des Friedens. Ferner muß unsere auswärtige Politik so geartet sein, daß wir mit Aussicht auf Erfolg die Frist der Beilegung der internationalen Gebiete verzögern können. Es muß dann Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik sein, den Eintritt in den Widerstand zu betreiben.

Dann sprach Geheimrat Prof. Gerland-Bena. Wir dürfen uns in das Zentrum und in die Sozialdemokraten unter keinen Umständen anbeiden. Wir müssen unsere eigene Politik treiben. Unser politischer Gegner heißt rechts. Selbstverständlich müssen auch die Unabhängigen bekämpft werden. Wir müssen nationaldemokratisch und sozial sein.

Abg. Kohlschütter (Frankfurt-Main) fordert den Einheitsstaat mit einer starken Selbstverwaltung der einzelnen Landestteile. Bankdirektor Dr. v. Berlin meint, die große Hauptfrage der Zukunft sei eine gerechte Steuerpolitik. Die Vermögensabgabe sei eine absolute Notwendigkeit, aber die Steuerordnungen dürfen nicht die Wirtschaft lähmen.

Abg. Frhr. v. Rüdigerhofen habe den Frieden unterzeichnet in dem Optimismus, daß unser Volk trotzdem vorwärts kommen werde. Wenn wir den Frieden nicht unterzeichnet hätten, würden wir keine auswärtige Politik mehr gehabt haben, weil das Deutsche Reich nicht mehr existiert hätte. Gegenüber der aktiven englischen Politik dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Wir müssen auch aktive Politik treiben. (Stürmische Zurufe: Wie — Wie!) Wir müssen mindestens verhindern, daß die Unterhändler noch größer werden. Die Frage, ob wir in den Widerstand hinein müssen, ist noch nicht abgeschlossen. Wenn wir wieder ein Faktor in der Weltpolitik werden wollen, müssen wir die innere Freiheit konsolidieren und Ordnung schaffen. Wir haben nicht die Aufgabe, der Sozialdemokratie Schwierigkeiten zu bereiten, sondern müssen sie in ihrem schwereren Kampfe unterstützen. In wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen können wir uns abfinden mit Sozialdemokratie und Zentrum zusammengehen. Das Schulkompromiß wäre nicht zustande gekommen, wenn wir in der Regierung gewesen wären. (Stürm. anhalt. Beif.)

Abg. Raumann spricht zunächst seinen Zweifel aus, ob man seiner Rede, nach dem Befall, dem nach Rüdigerhofen gepöbelt habe, ebenso starken Beifall spenden werde. Wenn er darauf spekulieren wolle, würde er eine genau solche Rede halten, wie jener. Aber er will inwärtlich die schwersten seelischen Kämpfe durchgemacht haben, können über diese Fragen nicht so leicht hinweggehen, und über sie hauptsächlich hin- und herfragen. (Stürmischer Beifall und großer Lärm. — Rufe: Unerhörlich! Etanball! Rügen!) Es handelt sich nicht darum, was in den ersten Monaten nach der Unterzeichnung das bequemste ist. (Sehr wahr!) Die Unterzeichnung hat nicht auf die besseren Erträge, sondern auf die besseren Verhältnisse hingewirkt und zeigen, daß Deutschland vor dem Sonnen und Breiten gerettet ist. Über einige Monate später werden die Unterhändler brennend werden, wenn die Auslieferungsgesandlungen in Frage kommen. Die Arbeiter und Unternehmer werden jahrzehntelang in den Friedensstrat nachhaken, das ihr Lebensbrennis ist und fragen, wer das unterzeichnet hat. (Zurufe: Erzberger! wäre es anders gekommen?) Wenn wir unterschrieben hätten, dann wäre die Vertreibung des deutschen Nationalgeistes in die Hände der Rechten gelitten. (Allo aus Angst!) Wenn wir die Unterhändler nicht übernahmen, müßten wir als Partei aussteigen. Eine Partei, die um jeden Preis und zu jeder Zeit in der Regierung bleiben will, wird erfolglos. Das ganze Spiel zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Richtung des Schulkompromisses ist ähner. Auch in der Regierung hätten wir nichts ändern können. Manche Leute haben vor Erzberger gewarnt. In diesem Punkte hat eine starke politische Potenz. Es ist der leuchtende Kopf in dieser Regierung. Es behaupten wenigstens die Leute, die gerne. Es ist für möglich, daß Erzberger etwas schafft. Aber es ist für einen Parteitag fraglich, ob das dann demokratische Politik sein würde.

Abg. Rüdigerhofen: Mit dem Abg. Raumann werde ich mich an anderer Stelle auseinandersetzen. Es ist mir auch nicht möglich, ihm in demselben Ton zu antworten, den er gegen mich angeschlagen hat. Ich wehre mich dagegen, daß man mir vorgeordnet hat, ich habe gegen meine Überzeugung geiproten. Bieleicht habe ich mit zu starker Überzeugung geiproten. Ich hoffe,

daß man auch in Zukunft Verständnis für Freiheitsinn und Toleranz in der Partei haben wird und daß man sie auch solchen Männern gegenüber überwinden wird, die scharf ausgeprägte Persönlichkeiten sind.

In der Nachmittags-Sitzung sprach Abg. Göttsche. Das Unannehmliche des 12. Mai war ein schwerer politischer Fehler, wenn man nicht die Absicht hatte, zu blühen. Schon am nächsten Tage legten die Umtriebe ein, die die Einheit zerstörten. (Zurufe: Erzberger!) Die Unabhängigen haben mit ihrer Generalstreikbewegung dem Volke schweren Schaden zugefügt. Auch ein Teil der deutschen Zeitungen, wie die Volk. Zig., hat uns das Rückgrat gebrochen. Scheidemanns Politik sei durch Erzberger sabotiert worden. Handelsminister Fritsch beabsichtigt sich für einen großen einheitlichen Staat aus. Professor Dobreslau: Wir sind in Gefahr, irre zu werden an der demokratischen Partei. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei habe das Räte-system und die Planwirtschaft abgelehnt. Was wolle sie nun an deren Stelle setzen? Professor Döbner beantragt schließlich, zwei Kommissionen einzusetzen, die sich mit diesen Fragen befassen sollen.

Weiterhin ergab sich nun eine ziemlich lange und erregte Beschlusssitzungsdebatte, in der sich die Vertreter der demokratischen Jugend tüchtig darüber betätigten, daß sie nicht zu Wort kommen. Nach weiterer Aussprache der Parteitag auf Montag versagt.

Oesterreich-Ungarn.

Weiteres zum Friedensvertrage.

WTB. Wien, 22. Juli. Die militärischen Bestimmungen in dem überreichten Vertrage verpflichten Oesterreich zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Bildung eines Berufsheeres auf Grund freiwilliger Verpflichtung von dem Höchststand von 30 000 Mann einschließlich der Offiziere und der Depots. Innerhalb dieses Höchststandes wird eine gewisse Freiheit in der Organisation zugestanden, indem nicht die Zahl und Art der höheren Einheiten, sondern nur deren Zusammenfassung vorgeschrieben werden. Die Höchstzahl der Offiziere wird mit 1500 und die der Unteroffiziere mit 2000 festgelegt. Die Dienstzeit soll mindestens 20 Jahre für Offiziere und 12 Jahre für Unteroffiziere betragen. Die Erprobung der deutsch-oesterreichlichen Streitkräfte soll binnen drei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages durchgeführt sein. Innerhalb dieser Frist soll auch alle überflüssige Kriegsmaterial abgeliefert und die Fabrikation auf eine staatliche Fabrik beschränkt sein. Im einzelnen enthalten die militärischen Bestimmungen ähnliche Einschränkungen wie der Deutschland auferlegte Vertrag.

Deutsch-oesterreichliche Arbeiter für den Wiederaufbau.

WTB. Wien, 23. Juli. (Dratsch.) Die politische Korrespondenz erzählt aus St. Germain, daß bei dem Besuch Daulias beim Staatsrat Kerner beschlossen sei, die in Deutschland Oesterreich herrschende Arbeitslosigkeit durch Heranziehung deutsch-oesterreichlicher Arbeiter zu den Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Frankreichs zu beheben, natürlich nur freiwillig, wobei die deutsch-oesterreichliche Regierung durch Arbeitsvermittlung die Interessen der Arbeitssuchenden wirksam vertreten würde.

Frankreich.

Französischer Wahnsinn.

WTB. Versailles, 19. Juli. In der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses der Kammer berichtigte Dubois über die Wiedergewinnung von Frankreich, daß Deutschland bezogen müsse, auf 200 Milliarden, die sich zusammenfassen aus 119 Milliarden für materielle Schäden, in denen 23 Milliarden für entgangene Gewinne durch Stilllegung der Industrie einbezogen sind. Die Summe der kapitalistischen Militärforderungen beziffert er auf 43 Milliarden 51 Millionen. Für Entschädigungen minderjähriger Kinder berechnet er 6 Milliarden 920 Millionen. Für Entschädigungen an Hinterbliebenen an Witwen und verwundete rechnet er 6 Milliarden. Für militärische Unterführungen nach dem Gezeß vom 5. August 1914 13 Milliarden 275 Millionen und schließlich für Zusammenbau von

Kriegsgefangene 153 bis 170 000 Franks. Dabei seien die Kriegskosten nicht eingerechnet, die Belgien allein mit 5 Milliarden 286 Millionen zurückerstattet würden. Daraus entfielen auf Frankreich 1 Milliarde 993 Millionen, auf England die gleiche Summe und auf Amerika 1 Milliarde 300 Millionen. Der Berichterstatter wird Dienstag seinen Bericht fortsetzen.

Beratungen über deutsche Kohlenlieferungen an die Alliierten.

WTB. Versailles, 21. Juli. (Drabth.) Heute fand die erste Besprechung zwischen Vertretern der verbündeten Regierungen und denen der deutschen Regierung über die von Deutschland zu leistenden Kohlenlieferungen statt. Die verbündeten Regierungen verlangten die Vorlage eines Planes über die bis September etwa möglichen Kohlenlieferungen.

Deutsche Kriegsgefangene verunglückt.

WTB. Cambrai, 22. Juli. (Drabth.) Eine anfliegende Mine hat 12 Personen, darunter 6 deutsche Kriegsgefangene, getötet und 2 Gefangene verletzt.

Von der Friedenskonferenz.

WTB. Versailles, 22. Juli. Nach dem Temps hat jetzt Italien dem Standpunkt Frankreichs und Englands zugestimmt. Bulgarien dem Vertrag über die Abgrenzung und die gesamte Küste Griechenlands zugestimmt. Denselben habe heute an Präsident Wilson telegraphiert, um auch ihn zu veranlassen, seinen Widerstand gegen die Lösung der Frage aufzugeben. Der oberste Rat der Alliierten hat heute keine Sitzung abgehalten, dagegen tagten verschiedene Kommissionen, die sich in der Hauptsache mit der Festlegung der Friedensbedingungen für Bulgarien beschäftigten. Nachmittags fand die politische Kommission eine Sitzung ab, um das zukünftige Rejumees Offiziellen anzustellen.

Corriere della Sera meldet aus Paris: In der türkischen Frage haben die Alliierten der alliierten staatsrechtlichen Aufsichtung der Türkei zugestimmt. Die dagegen Republikaner de Lyon meldet, daß der Ministerrat beschlossen, die Bestimmungen des bulgarischen Vertrages, die mit den Bestimmungen für die Türkei direkt zusammenhängen, vorläufig nicht zu regeln und ebenso von einer Ausfertigung des Vertrages mit der Türkei so lange abzusehen, bis der amerikanische Senat in der Frage eines evtl. Mandats in Kleinasien eine Entscheidung gefällt habe.

England.

Lloyd George über den Friedensvertrag.

WTB. London, 22. Juli. (Unterhaus.) Bismarck brachte bei der zweiten Lesung des Friedensvertrages einen Verbesserungsantrag ein, in dem das Bedauern ausgedrückt wird, daß der Friedensvertrag Deutschland die bestimmte verbindende Verpflichtung auferlegt, Großbritannien die Gesamtheit der Geldausgaben für den Krieg zu ersetzen. In seiner Antwort auf die Debatte verteidigte Lloyd George verschiedene Bestimmungen des Friedensvertrages und erklärte, Großbritannien sichere sich beträchtliche Kompensationen. Ebenso sei es unmöglich sei, die gesamten Kriegskosten zurückzubekommen, sei es unmöglich, den Betrag für Entschädigungen und Wiedergutmachungen festzusetzen, da die Kosten für die Wiederherstellungsarbeiten gegenwärtig noch nicht festgesetzt werden können. Lloyd George verteidigte die Regelung der territorialen Regelung und besahe, daß in der ganzen Welt der Wunsch bestehe, die Dienstpflicht zu beenden. Er sprach die Hoffnung aus, daß Großbritannien Ende 1919 durch die freiwillige Rekrutierung alle die Streitkräfte aufgebracht haben werde, die notwendig seien, um die über die ganze Welt zerstreuten britischen Interessen zu schützen. Lloyd George fuhr fort, es sei unmöglich, die Dienstpflicht aufzuheben, bis die gegenwärtige Lage geklärt sei. Er hielt in jeder Beziehung an der früheren Erklärung über seine Politik gegenüber Irland fest und blieb dabei, daß Churchill nicht von dieser Politik abwiche. Bezüglich des Österreichvertrages gegen den Kaiser sagte er: Niemand schlug vor, daß für diese Maßnahmen die verantwortliche Person entkommen solle. (Beifall.) Er fragte, welches Recht Großbritannien zu der Annahme habe, daß ein neutrales Land der Schluß des Prozesses sein solle. Die Neutralen waren weder auf der Friedenskonferenz, noch nahmen sie am Kriege teil, wenn die Sache ihnen überlassen würde, würde für die gerechte Verfolgung des Kaisers kein Anlaß vorliegen. Die Alliierten hätten genug Jutranen zu Großbritannien, um zu wissen, daß jede Person, die in England vor Gericht gebracht wird, gerecht behandelt wird, in Übereinstimmung mit den höchsten Traditionen der britischen Rechtsprechung, die unantastbar sei. Er hege große Erwartungen zu den heilsamen Warnungen, wenn erstmalig das Vorgehen eines Mannes, der vorzüglich, zwecks persönlicher Erhebung oder aus einer Ruhmsucht, den Krieg organisiert habe, zu einem Kapitalverbrechen (Felony) gestempelt werde. Ueber die irische Frage sagte er, daß die Nationalisten Wilsons Grundzüge nicht auf ganz Irland anwenden wollten, und daß sie sich nicht damit zufriedengeben, selbst das Selbstbestimmungsrecht zu erlangen, sondern den andern dieses Selbstbestimmungsrecht nehmen wollten. Er bleibe dabei, daß der Friedensvertrag gerecht sei und der Welt auf Generationen bewiesen werde, daß man die nationalen Rechte nicht mit Füßen treten und die feierlichen Verträge nicht brechen dürfe. Er glaube, daß der Friedensvertrag wie ein Leuchtturm sein würde, eine Warnung

an die Völker und Herrscher vor den Gefahren, an denen das deutsche Kaiserreich zerbrechen werde. (Beifall.) — Der Antrag Bismarcks wurde abgelehnt und die Friedensvorlage in 2. Lesung einstimmig angenommen.

WTB. London, 22. Juli. (Unterhaus.) Der Friedensvertrag wurde in allen Lesungen, nachdem die irischen Nationalisten als Protest gegen die Haltung der Regierung in der irischen Frage namensliche Abstimmung verlangten, mit 163 gegen 4 Stimmen angenommen. Die den englisch-französischen Vertrag betreffende Vorlage wurde in sämtlichen Lesungen einstimmig angenommen.

WTB. Rotterdam, 22. Juli. (Drabth.) Wie die Parlements-korrespondenz der Daily News schreibt, war die gestrige Beratung im englischen Parlament sehr zahn. Die Hauptredner enthielten sich einer entscheidenden Kritik. Der einzige Zweifel, den Maclean im Namen der unabhängigen Liberalen zum Ausdruck brachte, bezog sich auf den polnischen Korridor. Robert Cecil billigte als ganzen den Friedensvertrag, er hob jedoch ernsthafte Bedenken gegen die Regelung betreffend den polnischen Korridor, das Saarthal, die 15jährige Befreiung der rheinischen Brückenköpfe und die Rückführung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen hervor. Cecil sagte über den Völkerbund, der Bund könne nur gelingen, wenn er eine neue Auffassung über die sittlichen Beziehungen bringe. Die Öffentlichkeit werde die beste Waffe des Völkerbundes ausmachen. Die größte Waffe, auf die man sich verlassen, sei die öffentliche Meinung. Die meisten forderte den Premierminister auf, die Regelung der irischen Frage in die Hand zu nehmen. Die Antwort Lloyd Georges fiel kühl und trocken aus.

Der Streik im Kohlenbergbau.

WTB. London, 22. Juli. (Drabth.) Rentier Bonar Law erklärte im Unterhaus, der Streik der Kohlenbergleute habe sich in geringem Maße auf Lancashire, Nottinghamshire, Monmouthshire ausgebreitet, wo insgesamt 88 000 Kohlenbergleute ausständig seien.

Zurücknahme der britischen Truppen aus Nordrußland.

WTB. London, 22. Juli. (Drabth.) Churchill sollte im Unterhaus mit, daß alle britischen Truppen mit Ausnahme der Freimilizen und der Militärmissionen aus Nordrußland zurückgezogen werden sollen, bevor das Weiße Meer zu gefroren ist.

Amerika.

Gegen Wilsons Militarismus.

Kopenhagen, 21. Juli. Im letzten Heft der dänischen Zeitschrift „Tidskræen“ zieht der berühmte Literaturhistoriker Georg Brandes gegen den neuen Wilsonschen Militarismus zu Felde. Er sagt u. a.: Als die Frucht des Militarismus der Hand des zerrissenen Preussens entglitt, griff Nordamerika danach aus Angst, daß sie ausgehen würde, und entzündete damit ein Feuer, das über die ganze Erde sichtbar ist. Viele Tausende von Gefangenen warten nun vergebens auf Amnestie. Statt die Truppen jetzt nach Beendigung des Krieges heimzuführen, hält die Regierung ein gewaltiges Heer beisammen, offenbar, um gegen innere Feinde gerüstet zu sein, die gefährlicher als die äußeren sind. Die größte und schlimmste Veränderung aber ging mit dem im Versprechen freigegeben, aber nicht ebenso unangenehm Präsidenten Nordamerikas vor sich. Er entfaltete die hübsche Fahne mit den 14 Punkten, die ebenso viele Eterne ersten Rangdes waren. Er schenkte die Fahne der Gerechtigkeit über seinem Kopfe, über Amerika, Asien, Afrika und ganz Europa. Auf dieser Fahne stand mit Goldschiff geschrieben: Selbstbestimmung, Freiheit und Fortschritt. Adulterat und Unkohesymmen der Nationen umtauschen ihn. Dann faltete er die Fahne zusammen, schneidete sie in die feine, möblierte Kasse und legte sie in die Tasche. — Welch tragische Farce!

Verchiedene Nachrichten.

Preissturz im besetzten Gebiet.

TU. Mannheim, 21. Juli. Im besetzten Gebiet ist infolge der stark vermehrten Zufuhren der Preis für alle Lebensmittel bis um 250 Prozent gefallen. In Saarbrücken kostet die Butter jetzt nur noch 3,50 Mk. das Pfund.

Die preussischen Bischöfe gegen die Auslieferung des Kaisers.

WTB. Berlin, 23. Juli. (Drabth.) Für die bevorstehende Konferenz der preussischen Bischöfe in Jüdis wurde dem L. A. zufolge ein Antrag eingebracht, gegen die Auslieferung von Mitgliedern des Kaiserhauses an die Entente entschieden zu protestieren.

Kleine Nachrichten.

Lenin hat Rumänien den Frieden angeboten. Besarabien soll darnach an Rumänien fallen. Ein Antrag dieses Vorschlags wurde in achtstägiger Abstimmung abgelehnt.

Die belgische Arbeiterschaft erhebt schärfsten Protest gegen die beabsichtigte Heranziehung belgischer Arbeiter für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

In Wiesbaden rechnet man mit einem neuen Putsch für die rheinische Republik. Der telegraphische Verkehr nach Frankfurt ist gesperrt. Reichspräsident Ebert wird Ende der Woche nach der politischen Aussprache mit einem großen Teil der Regierung von Weimar nach Berlin zurückkehren.

Bela Kuhn erklärte, daß nach seiner Meinung die Entente zu einer bewaffneten Intervention in Ungarn nicht in der Lage seien.

Die galizien ist vom Verbandsrat Polen zugestanden worden.

Der Abg. Friedrich Raumann wurde zum ersten Vorsitzenden der deutsch-demokratischen Partei gewählt.

Deutsches Reich.

Graf Bernstorff über den U-Bootkrieg.

In der Wochenchrift: „Das demokratische Deutschland“ äußert sich der Vorkämpfer Graf Bernstorff über die Rolle, die der U-Bootkrieg in der deutschen Tragödie gespielt hat und bekräftigt anschaulich, wie in dieser für den schließlichen Ausgang des Krieges entscheidenden Frage der Einfluß von Militär und Marine über die politische Lösung liegt hat. Er schreibt u. a.:

Zwei Seiten wählten während des ganzen Krieges in der deutschen Politik: die eine war militärisch-seemännlich, die andere diplomatisch-politisch gerichtet. Alle Entscheidungen unserer Regierung, die während der Zeit der amerikanischen Neutralität nach Washington gelangten, wurden entweder von der einen Richtung diktiert oder waren das Ergebnis eines Kompromisses zwischen beiden. Man kann also mit Recht von einer Doppelgängerpolitik der deutschen Politik als von einer Doppelgängerpolitik sprechen. Die eine Richtung wollte den U-Bootkrieg führen, wenn auch die Vereinigten Staaten dadurch zum Bruch mit uns getrieben wurden, die andere wollte auf Präsident Wilsons Politik eingehen und so zum Frieden gelangen. Der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen begann mit dem „Lusitania“-Zwischenfall und endigte durch eine Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges mit einer Niederlage der Zivilisten. Als einer der Hauptbeteiligten an diesem Kampfe kann ich auf das Bündliche versichern, daß die deutsche Zivilpolitik immer konsequent das gleiche Ziel im Auge behielt. Sie hat nicht, wie noch heute Amerikaner glauben, nur zu dem Zwecke Verhandlungen geführt, damit inzulassen der U-Bootkrieg vorbereitet werden konnte; sie hat in Amerika auch keine „Verschwörungen“ angezettelt. Von den schlimmsten Dingen, welche drüben von der militärisch-seemännlichen Richtung getrieben wurden, wie z. B. der Mission in Mexiko, hat die deutsche Zivilverwaltung überhaupt keine Kenntnis gehabt. Die beiden Hauptkündigen, welche uns amier der Rubrik Doppelgängerpolitik vorgeworfen wurden: das Adlon-Diner zu Ehren des Reichspräsidenten Gerard und die Westkloppelung, wurden erst begangen, als die Berliner Zivilverwaltung vor der Uebermacht der militärisch-seemännlichen die Segel gerichtet hatte. Wie der „Witroling im „Fausit“ gab damals die deutsche Regierung nur solche Erklärungen ab, die ihr von dem militärisch-seemännlichen Wehrgeschehen waren. Dieser Augenblick war der Höhepunkt der deutschen Tragödie. Die gerade damals eingeleitete Vermittlungsaktion von Wilson wurde durch unsere Schuld vereitelt und der Krieg verloren. Wie noch im letzten Augenblick von Washington aus gemachten Versuche, die Berliner Entscheidungen zu ändern, scheiterten beinahe ausschließlich wegen technischer Schwierigkeiten. „Was man von der Minute ausgeht, gibt keine Umgehung zurück!“

Keine neue Provinz Westpreußen. Die Meldung von der Schaffung einer neuen Provinz Westpreußen unter Zusammenfassung der nicht abzutrennenden Teile des bisherigen Westpreußens und Pommerns, wird an zufälliger Stelle als irrtümlich bezeichnet. Vielmehr bezieht die Abfertigung, die betreffenden Teile an die schon bestehenden Verwaltungseinheiten anzuschließen.

Amerikanische Schiffe nach Deutschland.

X Haag, 21. Juli. Holland Niemanns Bureau meldet aus Washington: Der amerikanische Schiffsverkehrsminister hat gestern die Ansätze von 10 Schiffsladungen von insgesamt 88 000 Tonnen für den Handel nach Deutschland freigegeben. Vier Schiffe kommen von New York, 2 von Philadelphia, 1 von Galveston und 1 von Boston. Zwei weitere, die nur mit Baumwolle beladen sind, sollen Ende Juli oder Anfang August auslaufen.

Wollwaren im Handel freigegeben.

Berlin, 21. Juli. Soweit noch die Beschlagnahme oder Beschränkung des Erwerbs und der Verarbeitung von Wolle, Wolllagen und Wollwaren vorliegen, werden diese nunmehr nach einem im Reichswirtschaftsrat gefassten Beschlusse vollständig aufgehoben. Auch alle Höchstpreisbestimmungen fallen damit fort. Ferner ist die Abfertigung der beherrschenden Wirtschaft und Konzentrierung für einzuflussende Textilrohstoffe, soweit sie in der Wirtschaftlichen Planwirtschaft vorgesehen waren, aufgehoben.

Beseitigung der verbundenen Eisen.

Weimar, 21. Juli. Das Kabinett beschließt demnach, an die Reform des Verhältnismäßigkeitsrechts heranzutreten. Die verbundenen Eisen sollen aufgehoben werden. Dafür will man die überzähligen Stimmen im ganzen Reich zusammenzählen und auf die einzelnen Parteien und Gruppen nach dem Verhältnis ihrer Stärke verteilen.

Die Wirtungen der Blockadeaufhebung.

WTB. Berlin, 21. Juli. Ueber die voranschreitende Wirkung der Aufhebung der Blockade wird an zukünftiger Stelle berichtet, daß uns aus dem neutralen und bisher feindlichen Ausland große Mengen Lebensmittel angeboten werden, zum Teil freilich noch zu hohen Preisen. Die bevorstehende Aufhebung der Verweissordnung wird den Handel erleichtern, aber nur teilweise, denn dem gewaltigen Bedarf Deutschlands entsprechen die zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel nicht. Nur

langfristiger Kredit kann uns die Zahlungsmittel für unsere dringenden Bedürfnisse schaffen. Die Regierung ist eifrig bemüht, unsern Auslandskredit zu heben. Langfristige Kredite würden die Wertaufbewahrung und eine Senkung der Preise herbeiführen. Die Kreditgeber werden aber nur Vertrauen zu uns gewinnen, wenn bei uns gearbeitet wird. Die Aufhebung der Blockade wird eine sofortige Umwälzung unserer Ernährungsverhältnisse nicht herbeiführen können; doch wird mit einer erheblichen Besserung zu rechnen sein. Eine großartige Einfuhrkontrolle muß bestehen bleiben, bis ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt ist. Bis dahin muß der Handel sich noch Beschränkungen auferlegen.

Hänisch gegen das Schulkompromiß.

WTB. Berlin, 22. Juli. Auf eine Eingabe der sozialdemokratischen Fraktion der Stadt Dortmund gegen das Schulkompromiß hat, wie das Berl. T. mitteilt, Kultusminister Hänisch eine Antwort erteilt, in der es u. a. heißt: Wie Ihnen bekannt ist, habe ich in voller Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlung und auf deren ausdrücklichen Beschluß das Schulkompromiß bekräftigt. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß es mir im Verein mit einer Reihe der von den gleichen Bedenken erfüllten Kultusminister anderer deutscher Gliedstaaten doch noch gelingen wird, bis zur dritten Lesung eine Befreiung dieses Schulkompromisses herbeizuführen.

WTB. Berlin, 23. Juli. (Drabth.) Wie dem WTB. mitgeteilt wird, hat die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung das von etwa 2 Wochen von dem Kultusminister eingereichte Adressatentwurf nicht bewilligt, weil die Mehrheit den ablehnenden Standpunkt des Ministers gegenüber dem Schulkompromiß teilen.

Die Heimförderung der Gefangenen.

WTB. Versailles, 22. Juli. Die deutsche Regierung hat gestern Ministerpräsident Clemenceau erneut um baldige Mitteilung bzw. Zusammenlegung und Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimförderung der Kriegsgefangenen ersucht und dabei darauf hingewiesen, daß Clemenceau bereits am 26. Mai d. J. versprochen habe, die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte würden mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zu diesem Zwecke einlegen, sobald der Friede unterzeichnet sei. Der Friede ist unterzeichnet und bereits von Deutschland ratifiziert worden, aber immer noch wartet die deutsche Regierung auf die Bildung der erwähnten Kommission.

Oldenburg.

Zu den Abtrennungsbestrebungen Birkenfeld.

Birkenfeld, 18. Juli. In einer hier stattgefundenen Tagung des Landesauschusses der Provinz Birkenfeld wurde, wie kurz gemeldet, die Frage der Auslösung der Republik Birkenfeld und die Lösung der Provinz von Oldenburg eingehend behandelt. Inger dem Landesauschusse nahm an den Beratungen teil die französische Militärverwaltung der Provinz, vertreten durch Major Wolfstani und Kapitän Malakof, die Regierung durch Regierungsrat Hartung und zwei Regierungsräte, sowie die neun Mitglieder der neuen Regierung. Der Landesvorsitzende Callmann leitete die Tagung. Die alte Regierung ließ erkennen, daß sie die neue Regierung nicht anerkennen, da sie nicht von dem Volkswillen der Provinz getragen sei. Eine Kostrennung von Oldenburg sei auf dem gesetzlichen Wege nicht möglich; der Rechtsbruch der Kostrennung sei sofort zu verurteilen. Der Vorschlag der neuen Regierung versuchte nachzuweisen, daß die landliche Bevölkerung der oberen Provinz für die sofortige Kostrennung von Oldenburg auf angelegentlichem Wege sei. Die Landesauschussmitglieder ohne Ausnahme, auch die Vertreter der landlichen Bezirke, sind für eine Kostrennung, aber nur auf legalen Wege. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde mit Vermittlung der französischen Militärbehörde eine Commission ernannt, die eingehend das für eine telegraphische Anfrage an das Oldenburgische Direktorium die Anfrage, ob daselbe bereit ist, befr. der sofortigen Bestätigung in Verbindung zu treten. Falls diese Anfrage bejaht wird, soll sich eine Kommission, bestehend aus dem Landesauschussmitgliedern Becker, Faber und Groß, zwecks Verhandlungen nach Oldenburg begeben. Bis zum Eintreffen einer Antwort von Oldenburg hat die neue Regierung noch Ertzherzogberechtigung, jedoch werden die Amtsgerichte von der alten Regierung geführt. Wenn ein das Oldenburgische Direktorium die Anfrage, so wird der Landesauschuss sehr wahrscheinlich die Kostrennung auf ungesetzlichem Wege vornehmen. Gegen Schluß der Tagung wurde folgender Beschluß einstimmig angenommen: Die Frage der Bestätigung von Oldenburg wird an eine gemäß § 55 der Gemeindeordnung zu stehende Kommission verwiesen. Diese Kommission wird beauftragt, in Oldenburg dahin zu wirken, daß die Bestätigung nach Möglichkeit beschleunigt wird, 2. dahin zu wirken, daß das freie Verfügungsrecht Birkenfelds über sein Staatsgut anerkannt wird, 3. dem Landesauschuss nach Rückkehr unverzüglich zu berichten. (R. V.)

Gewerkschaftsbund der Heuerleute.

Wir bringen nachstehend eine Zusammenfassung der sehr aktuellen Frage über die Organisation der Heuerleute in Gewerkschaften. Hier eine ruhige und sachliche Diskussion dieser Entwürfe und ihrer weiteren Folgen unter Leitung der

Landesbibliothek Oldenburg

Gründe, welche zur Einführung der Gewerkschaften führen, ist ohne Zweifel sehr am Platze. Als Leitlinie muß aber voran-

stehen das Gesamtinteresse des Landvolkes. Im Ziel müssen wir einzig und geschlossen bleiben: dem praktischen Christentum die Wege zu ebnen und den Enderfolg zu sichern.

Mit der Grundbedingung der Zufriedenheit sind wir nicht voll einverstanden; wir veröffentlichen sie aber gern, weil sie als Anhalt dienen kann, eine Klärung der ihr in bezug auf die Diskussion zu verhindern.

Das kommt in etwa bei dem Bestreben sozialer Verbesserungen. Darüber noch später. Wie kann aber ein Industriearbeiter, der Konjunktur dessen ist, was der Bauernmann produziert?

Neben dem Bestreben zur Organisation der kleinen Dienstboten und Landarbeiter, die weitaus die Mehrheit bilden, muß ein allgemeines Zusammengehen der Gewerkschaften mit den Landarbeitern sein.

Ein überzeugter Landwirt kann nur wünschen, daß der Bauernmann in der Lage ist, sich selbständig zu machen. Dies muß geschehen durch Aufstellung der Staatsdomänen und durch eine angemessene Verteilung des Großgrundbesitzes.

Die erste Folge des Zusammenstehens der Gewerkschaften wird sein, daß sich auch die Bauern zusammenschließen; denn der Einzelne fehlt einer ganzen Organisation ziemlich machtlos gegenüber.

Ein überzeugter Landwirt kann nur wünschen, daß der Bauernmann in der Lage ist, sich selbständig zu machen. Dies muß geschehen durch Aufstellung der Staatsdomänen und durch eine angemessene Verteilung des Großgrundbesitzes.

hätte der S. D. L. da nicht ebenso auf und ebenso billig Abhilfe schaffen können, als dies der Gewerkschaftsverband der Heuerleute tun wird?

Es ist nun einmal so. Die christlich-nationalen Gewerkschaften haben es für gut gefunden, auch die Heuerleute des oldenburgischen Münsterlandes in ihre Organisation aufzunehmen.

Aus dem oldenburg. Münsterlande

Am Osterfeiertag, 21. Juli. Am 18. d. Mts. feierte unser hochwürdigster Herr Pfarrer Rieberding sein 25-jähriges Ordensjubiläum.

Nach und Fern.

Münster i. W., 21. Juli. Der Westfälische Bauernverein hat seine Vorstands- und Aufsichtsmittglieder zu einer außerordentlichen Sitzung auf den 29. d. Mts. eingeladen.

Letzte Nachrichten

Beginn der politischen Aussprache in Weimar. TU. Weimar, 23. Juli. (Drabst.) Die heutige Vormittags-Sitzung der Nationalversammlung.

brachte endlich die wiederholt verschobene Programmredaktion der neuen Regierung. Das Haus war nicht gefüllt. Bauers Anführer waren nur wenige.

Italiens Furcht vor der slawischen Gefahr.

TU. Luga no, 23. Juli. (Drabst.) Die römische „Tribuna“ trifft dafür ein, daß Italien - analog dem Sonderabkommen zwischen England und Amerikas mit Frankreich - mit Deutschland und Oesterreich ein Abkommen zur Sicherung gegen die großslawische Gefahr herbeizuführen solle.

Ein Wirtschaftsabkommen zwischen Deutsch-Oesterreich und Polen.

Wien, 23. Juli. (Drabst.) Nach hiesigen Blättermeldungen wird nämlich mitgeteilt, daß zwischen Deutsch-Oesterreich und der polnischen Regierung ein Uebereinkommen getroffen ist, durch das die neuen Vereinbarungen auch auf den Transport von Kohle, Petroleum und anderen Mineralprodukten ausgedehnt werden.

Grenzfestsetzung zwischen Polen und Litauen durch die Entente.

Wien, 23. Juli. (Drabst.) Die Wiener Zeitung meldet aus Paris, daß die Abhilfe einer Internationalisierung Oesterreichs herbeizuführen, fallen gelassen ist. Eine endgültige Regelung des Konflikts zwischen den Polen und Litauen bezüglich der gemeinsamen Grenze soll durch den Völkervertrag erfolgen.

Der Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Paris, 23. Juli. (Drabst.) „Journal de Geneve“ meldet unter dem 22. aus Paris: Bei der Langsamkeit, mit der die Prüfung des Friedensvertrages durch die Kammerkommission vor sich geht, scheint es fraglich, ob diese Prüfung nicht den ganzen Monat August in Anspruch nehmen und daher die Ratifikation des Vertrages erst Anfang September erfolgen wird.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Westfa. Druck- und Verlags-Anstalt. Westfa. Drucker- und Verlags-Anstalt, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Westfa.

Heisenarten-Ausgabe.

Am Freitag, dem 25. Juli 1919, morgens von 9-12 1/2 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr auf dem Rathaus.

Westfa., 23. Juli 1919. Stadtmagistrat. Auf Abschnitt 12 der roten Warenliste kommt 1/2 Pfund Käse zur Ausgabe. Westfa., Stadtmagistrat.

Gemeinde Batum.

Frühkartoffel-Abnahme am Dienstag, dem 29. Juli, vormittags, von 8-12 Uhr am Bahnhof Batum. Anmeldung erbitte bis Sonnabend vormittags, 3. Frees.

Gemeinde Langförden.

Es sind zum Anfertigen zu vergeben: 14 Schulbänke, 1 Pult, Zeichnungen und Bedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden. Geschlossene Offerten sind bis zum 29. Juli beim Unterzeichneten einzureichen. Die Herstellung des Schulgartens in Bardel soll am Samstag, dem 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, an Ort und Stelle vergeben werden.

Langförden, 21. Juli 1919. Stulenborg.

Frühkartoffel-Abnahme.

Anfang nächster Woche nehme ich Frühkartoffeln ab und bitte um Anmeldungen spätestens bis zum 26. Juli. Preis pro Zentner 12 Mark.

Holdorf i. D. Aug. Haverkamp.

Lohne. Frühkartoffel-Abnahme

am Dienstag, dem 29. Juli, vormittags. Preis p. Zentner 12 Mark. Anmeldung bitte sofort.

Z. Zerhusen.

Immobil-Verkauf.

Die Eheleute Arnold Tisching zu Goldenstedt-Ettelstedt lassen ihre Häuserstelle, groß reichlich 50 Scheffelsaat mit Beeten, fast neuen Gebäuden

am Montag, dem 28. Juli, nachm. 5 Uhr beim Wirt, Jureborg, Lütten zum letzten Male zum Verkauf aufsetzen. Westfa., den 22. Juli 1919. Herm. Bröring, Aukt.

Habe Auftrag mehrere schöne, ganz kultivierte, arrandierte u. Bestellte

Landstellen

In Größe von 9 bis 16 Hektar mit nur neuen massiven Gebäulichkeiten unter der Hand zu verkaufen, darunter zwei Stellen in Größe von 11 bezw. 13 Hektar, welche mit dem lebenden und toten Inventar sowie der Roggen-, Hafer- und Kartoffel-ernte verkauft werden sollen. Kaufobjekt erhalten von mir nähere Auskunft und wollen sich baldmöglichst mit mir melden.

Stappenburg. Johannes Buntin, Auktionator.

Hobeldielen, Stabdielen, rauhe Bretter,

in allen Breiten und Stärken vorzüglich. Ferner: Kohlenteer, Dachpappe, Avenarius-Karbolinum, Rohrgewebe.

Bulchmann & Növemann, Lohne i. O.

Gelben Stüdentalk sowie Cement-Kalk empfiehlt zu Bauzwecken Genossenschafts-Häufelschneiderei, Goldenstedt.

Geradella

so wie Klee- u. Grassamen.

D. Schröder, Westfa. und Schneiderkrug.

Knochenmehl

ist angekommen und kann vom Lager abgeholt werden. Batum. G. Beckmann.

Eine Klasse für sich

bildet die „Winkenbereifung“. Anerkannt beste Fahrrad-Bereifung für Touren-, Dien- und Geschäftsräder. Man verlange sofort Offerte vom Vertreter oder direkt von der

Fabrik für elastische Fahrzeugbereifung Hermann Hegele, S. m. b. H. Varel i. O.

Zur Herbstsaat empfehle ich: Original-Pettuser Saatroggen (Züchter: F. von Loßow, Petkus).

Pettuser Saatroggen, 1. Abfaat vom Original (Züchter: Delonomekat Hans Kofahl, Zernidow).

Winter-Saatweizen Strube's Squarhead 1. Abfaat (Züchter: Hans Kofahl, Zernidow).

Winter-Saatgerste Edendorfer-Wammuth 1. Abfaat (Züchter: Hans Kofahl, Zernidow).

Bestellungen nehme ich entgegen. D. Schröder, Westfa. und Schneiderkrug.

Mahnmaschinen Vorderwagen „Victoria“ beseitigt jeden Radendruck und Seilzug, befreit die Tiere von den Schlägen der Deichsel, verhindert das Wundschuern an Hals und Brust, ergibt einen ruhigen und sicheren Gang der Maschine, ist daher unentbehrlich für jeden Landwirt, der seine Pferde schonen und die Leistung seiner Maschinen erhöhen will. Sofort lieferbar.

Falkenrott. H. gr. Weilage.

Dinklage. Lohne.

Kaninchen- und Geflügel-Abnahme. Am Freitag, dem 25. Juli, von 10-12 Uhr bei Wirt Wm. Mäkel, Dinklage und von 2-3 Uhr bei Wirt B. Nordlohne, Lohne.

== Jagde die höchsten Tagespreise. == Westfa., Carl Grote.

Langförden!

Geflügel, Enten- Hähnchen-Abnahme. Freitag von 8-4 Uhr am Bahnhof. Westfa. D. Borchers.

Neue Fahrräder

(Friedenswaare) mit Summi Neue Fahrrad-Laufdecken Neue Luftschläuche.

Alles sofort lieferbar. Reparaturen an Fahrrädern schnellstens. G. Rolkes, Fahrradfabrik, Westfa. i. D., Telef. 28.

Unbefugten

ist das Betreten der Westermeyer'schen Gründe in Goldenstedt verboten und wird unumgänglich Strafandrohung gestellt werden. Westfa., 1919, Juli 23.

Herm. Bröring, Nachschaffleger.

Empfehle zur Herbstsaat Orig. Pettuser Saatroggen. Bestellungen erbitte bald.

Neuenkirchen. S. Thammann.

la Gelblupinen

ohne Saatkarren hat abzugeben. Westfa. D. Schröder.

Zur prompten Lieferung bieten prima Kaufgebrannte la. rote Kieselsteine u. la. Vlasierklinker an S. Henkel, Dampfziegelwerk Buer h. Welle, Zentralspacher Straße 49.

Zu verkaufen ein leichter elegant

Landauer. Joh. Deimich, Lohne.

Habe einige Babun gen sehr schönen schwarzen Brenn-Torf preiswert abzugeben. B. Schlangen, Westfa. Oldenburgstr. 51.

Habe ein rotbraunes Rußkalk zu verkaufen. Näheres bei Gottfr. Nordlohne, Lohne.

Visbek.
 Geflügel- und Kaninchen-Abnahme
 in Visbek am Freitag, dem 25. Juli, von 11-3
 Uhr bei Witwe Wäcker Meyer.
 Bescha. Franz Suerdief.

Süd-Oldenburger Landbund.
 Veranlassung des Amtsbandaustausches und
 Amtsbandvorstandes Bescha am
Montag, 28. Juli, nachm. 3 Uhr
 in Schäfers Hotel zu Vechta (am Sonntag
 besteht keine Verbindung).
 Tagesordnung:

1. Regelung der Klassenverhältnisse zwischen dem
 Amtsband und den Gemeindebänden; eventl.
 Wahl eines Geschäftsführers.
 2. Mitteilungen über Verhandlungen mit dem
 Oldenburger Landbund.
 3. Stellungnahme des Südbölg. Landbundes
 zur Agitation der christlichen Gewerkschaften
 und zur Frage, ob Richtlinien zu Entwürfen
 für Normalverträge mit Feuerleuten jetzt an-
 gebracht sind.
 4. Vorlegung einer Eingabe des Gemeindeband-
 des Visbek und eventl. Anschluß des Amts-
 bandes.
 5. Ernteeinschätzung. Entgegennahme von An-
 trägen aus den Gemeinden.
- Alle Mitglieder des Ausschusses begr. Vorstan-
 des sowie beratend alle Mitglieder der Gemeinde-
 bandvorstände und des Landbundes sind freunds-
 chaftlich eingeladen. Schriftliche Einladungen erfolgen
 nicht.

Der Vorsitzende des Amtsbandvorstandes.
Billige Gummireifen
 gibt es noch lange nicht, dafür aber eine ideale
 Stadtbereifung, patentmäßig geschützt. Zu mehr-
 jähriger Praxis tausendfach bewährt. Leichter, ge-
 käuflicher Gumm, wie auch Vollgummi. Keine
 Reparaturen. Geringste Abnutzung. Bei jeder
 Witterung gebräuchsfähig, keine rostenden Eisen-
 oder faulenden Holzteile, wie bei anderen Erzie-
 bereifungen. Auf jedes Rad passend. Gegen Regen
 und Nässe ohne jeden Einfluß. Prospekt gratis durch:
Vertreter: F. Menke, Cloppenburg i. D.

Turnverein Dinklage.
 Das diesjährige
Turn- u. Radelportfest
 verbunden mit großem
Schau- und Wettturnen
 unter Mitwirkung der Vereine Badbergen,
 Cloppenburg, Lohne, Quadenbrück u. Vechta
 findet am **Sonntag, dem 27. Juli 1919**
 auf dem schon gelegenen Sportplatz in
 der Nähe des Ortes statt.
 — Festzug 1/2 Uhr nachmittags. —
Festfolge:
 Wettspiele in Faust-, Schlag-, u. Schenkerball.
 Dreikämpfe in Frei-, Handgerätee- und
 Pierdturnen.
 Mannschaftswettkämpfe in Dreisprung und
 Eilbotenlauf.
 Einzelwettkämpfe in Stängelstoßen
 und Hüdenlaufen.
Großes Schauturnen
 der teilnehmenden Vereine an sämtlichen
 Geräten als: Wed, Barren, Pferd, Sprung-
 tisch, Bod und Stabhochspringen.
 Während des Schau- und Wettturnens
 Konzert unter der Leitung des Konzert-
 meisters Karl Schneider.
 Am Montag, dem 28. Juli, abends
 8 Uhr beginnend zu Ehren der Sieger
grosser Festball
 im Vereinslokal (Bredes).
 Zu zahlreichem Besuche ladet freund-
 lichst ein
 Der Vorstand.
 N.B. Für gute Getränke und Bedienung
 ist bestens gesorgt.

Zahn-Praxis
O. von Schieck, Oldenburg.
 Friedensplatz 3. Hinter Café Klinge.
 Telefon 1703. Telefon 1703.
 Für auswärtige Patienten.
 Sprechstunden zu jeder Zeit.

Matratze,
 gut erhalten, wegen Platz-
 mangel billig abgegeben.
 Näheres in d. Geschäfts-
 stelle dieses Blattes.

Muscheln
 sind stets am Lager.
D. Schröder,
 Bescha u. Schneidertung
 Der Kriegerheimstätten-
 verein, Ortsgr. Vechta,
 sucht billige

Kapitalien
 für Kriegerheimstätten
 4000-5000 Mk. u. 8000
 Mk. gegen hypotheke-
 rische Sicherstell. Vor-
 schreibungen sind nicht
 vorhanden. Meldung
 beim

Verreist 6.20. August
Frauenarzt
Dr. Dammermann,
Bremen.

Ein
Mädchen
 für Landarbeit sofort
 gesucht. [426]
 Bandes arbeits nachweis
 Geschäftsstelle Vechta.
 Suche für meine 16jähr.
 Tochter
 eine Stelle
 wo sie die Damenhandar-
 beite gründlich erlernen
 kann, selbige ist im Nähen
 schon etwas bewandert.
 Wilhelm Thiemann,
 Adrup, Post Eßen i. D.

Suche für ein 16jähr-
 ges Mädchen eine
Stellung
 zur Erlernung des häu-
 gerlichen Haushaltes be-
 satz. Herrschaft. [420]
 Landes arbeits nachweis,
 Geschäftsstelle Vechta.
 Suche auf sofort einen

kl. Knecht
 im Alter von 15-16
 Jahren, für einen land-
 wirtschaftlichen Betrieb.
 Landes arbeits nachweis,
 Geschäftsstelle Lohne.

Für Möbelschleierei B.
 Klöbetorn Vechta tüchtige
Tischlergelellen
 auf bessere Möbelarbeit
 gesucht, hohen Lohn. [423]
 Landes arbeits nachweis,
 Geschäftsstelle Vechta.
 Suche auf sofort 2

Maurergesellen
 gegen hohen Lohn und
 dauernde Arbeit.
 Landes arbeits nachweis,
 Geschäftsstelle Lohne.

Welche gute Familie
 nimmt ein 17jähr., etwas
 schwächliches, aber sonst
 gesundes Mädchen in
 leichte Stellung, höchst
 um schlicht. [427]

Maurergesellen
 Landwirt, 31 Jahre alt,
 kath., sucht sofort oder
 später Stellung als

Bewerber [428]
 im Oldenburg-Münsterl.,
 auf einem Gute von
 200-300 Morgen am
 Hebb. m. d. Prinzipal seht.
 Gell., kann sehr biso-
 nieren u. ist mit allen
 Zweig. der Landwirtschaft
 vertraut. Gute Zeugn. u.
 Empfchl. sieh. a. Dienstf.
 Landes arbeits nachweis,
 Geschäftsstelle Vechta i. D.

Suche für einen jung.
 Mann, kath., 18 Jahre,
 Primaner, [425]

Stelle als landw. Knecht
 bei mäßigen Lohn, und
 Familienanschluß.
 Landes arbeits nachweis,
 Geschäftsstelle Vechta.

Eisenwerk Varel
 Gegr. 1843 Varel G. m. b. H.
 Telegr.: Eisenwerk Vareloldenburg
 Fernruf: Nr. 20, 28 u. 42
Liefert
 Eisen-Stahl- u. Metallguß, roh u.
 bearbeitet. -Konstruktionen-
 Maschinen für Molkereien, Ziegeleien,
 Mühlen usw. Fabrikeinrichtungen
 Feld u. Normalbahnen. Nießen usw.
 Reparaturen jeder Art.
 Zweigbüro: Bremen, Oberstr. 74/3
 Fernruf Rohrd 8716
 Ingenieurbesuch
 u. Kistenanschläge
 sofort u. kostenlos

Fahrräder
 mit Gummi-Decken u. Schläuchen
 sofort lieferbar.
Hinners & Tabke, Lohne.

Glasfette
Cementfalzziegel
 sowie glasfarbige
Wandplatten
 sofort lieferbar.
 Carl Schögel, Bremen,
 Bahnhofstraße 361,
 Telefon: Holand 8888.

Lederöl (garant. teerfrei)
Kreuzleinen
 (reiner Hanf),
Bogenpeitschen,
Stahlpeitschen,
Schulturner (echt Hüh-
 leber)
Schulturner
Reisekoffer,
Coupe-Koffer
 (echt Vulkanleder),
Kabinenkoffer,
 (zum Städtehopfen),
 (Baumwolle),
 empfiehlt zu billigen
 Preisen.

Aug. Sehardt,
 Vechta, Telefon 220.

Zigarren u. Zigaretten
 nur echte Ware, sehr
 billig. Jedes Quantum
 sofort lieferbar. Müllers-
 sendung gegen Einlen-
 dung von 30 Mk. Ver-
 packungsfrei, nicht gegen
 Nachnahme. Nachnahme-
 Bestellungen werden nicht
 beantwortet.
 R. Müller & Cie.,
 Nimbasch (Rheinpfalz)

Warnung.
 Ich warne jeden vor
 Anlauf irgend welcher
 Sachen ohne meine Ein-
 willigung, v. den minder-
 jährigen Kindern der
 Frau Hof. Meyer, Barden
 b. Vechta, werde gegen
 diesbezügliche Vernehmung
 strengstens vorgehen.
 Der Generalbevollmächtigt.
 S. Weder.

Versammlung
 der vereinigten Malermeister des
 Amtes Vechta
 am Samstag, dem 26. Juli, nachm. 6 Uhr im
 Hotel zur Post zu Lohne. Wollfähiges Erscheinen
 dringend notwendig. Tagesordnung wird in der
 Versammlung bekannt gegeben.
 Der provisi. Vorstand.

Achtung!
 Feuerleute, Landarbeiter u.
 ländliche Dienstboten.
Sonntag, den 27. Juli:
öffentl. Versammlung
 zu Vechta
 im Hotel Schäfer gleich nach dem Hochamte.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag durch Gewerkschaftssekretär Quid,
 anschließend freie Aussprache.
 2. Gründung einer Ortsgruppe.
 3. Geschlossene Versammlung.
 Feuerleute, Landarbeiter und Dienstboten
 vom Lande erscheinen alle ohne Ausnahme, denn
 es handelt sich um wichtige Landesfragen.
 Der Bezirksvorstand
 des Gewerkschaftsbundes der Feuerleute, Land-
 arbeiter und ländl. Dienstboten im Gesamtverband
 der christl. nat. Gewerkschaften.

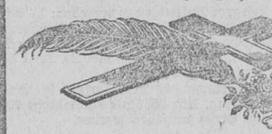
Kunstgewerbliche Beratungsstelle
 für Oldenburg.
 Eröffnung am 2. August, vorm. 10 Uhr,
 i. d. Handwerkskammer zu Oldenburg.
 Unterricht in allen Gebieten des Kunsthandwerks
 u. d. Kunstf. Wichtig für Bauhandwerker, Lech-
 niker, Tischler, Schlosser, Maler, Bildhauer, Buch-
 drucker, Buchbinder, Gold- und Silbergeschmiede,
 Gärtner, Drechsler, Tapezierer, Schneider, Schneide-
 rinnen, Pflanzenerzieher, usw. Die Teilnehmer-
 gebühr für den Kursus beträgt 30 Mk. Anmeldungen
 sind sofort an die Handwerkskammer zu richten.
Handwerkskammer Oldenburg.

Der Schlussball
 für den Sonderlusus in Damme findet
 statt am Donnerstag, dem 31. Juli. Letzte
 Uebung Samstag, 8 1/2 Uhr, wo die Ein-
 ladungskarten für den Schlussball verteilt
 werden. Gebr. Wienholt, Langlehnsstr.

Zahnleidende!!
 Zähne werden schmerzlos unter lang-
 jähriger Garantie naturgetreu eingesetzt.
 Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc.
 Fast schmerzloses Zahnziehen mittels lokal.
 Anästhesie, Nervenlöten, Zahnreinigen etc.
 Plattenloser Zahnersatz. Schöneste
 Behandlung.
Aug. Loewenstein, Zahnpraxis,
 Lohne i. O.
 Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag
 ununterbrochen von morgens 8 bis 1/5 Uhr
 nachm. im Hause des Hotels Bitter,
 Lindenstrasse, Ecke Brinkstrasse.

Todes-Anzeige.

 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
 gestern morgen unseren lieben Sohn und
 Bruder, den
Kongregantisten
August Jortmann
 zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.
 Derselbe starb nach kurzer, heftiger
 Krankheit, wohl vorbereitet durch den Em-
 pfang der hl. Sterbesakramente im Alter
 von 20 Jahren.
 Der Verlust ist um so schmerzlicher, da
 ihm seine beiden Brüder im Heidentode
 vorgegangen sind.
 Am stillen Teilnahme und ein frommes
 Gebet für die Seele des teuren Ver-
 storbenen bitten
Die trauernden Eltern
und Geschwister.
 Däpe bei Steinfeld, den 23. Juli 1919.
 Die Beerdigung findet statt am Freitag,
 dem 25. Juli, morgens 9 1/2 Uhr in Steinfeld.

Statt besonderer Anzeige.
Todes-Anzeige.

 Gott dem allmächtigen Herrn hat es in
 seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen,
 meine liebe Frau, meiner Kinder treuherzige,
 bergensgute Mutter, unsere gute Tochter,
 Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Dr. W. Lanwer
 Hilba geb. Spedtz
 zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb
 krank und ergeben in Gottes H. Willen,
 wiederholt gestärkt und getröstet durch
 den Empfang der hl. Sakramente, am 17. Juli
 1919 im 47. Lebensjahre.
 Tiefbetrauert von den Hinterbliebenen:
 Dr. W. Lanwer und Kinder,
 Hamburg, Pfandstr. 10.
 Familie Dr. F. B. Spedtz u. Noten,
 Weig (Schweiz).
 Familie G. Lanwer, Ramsloh i. D.
 Die Beerdigung findet in der Heimat
 statt. — Das feierliche Requiem in Hamburg
 in der Marienkirche am Dienstag, 23. Juli.

Regierung u. Landwirtschaftskammer.

Auf den Einpruch der Landwirtschaftskammer beim Direktorium wegen ihrer Aufstellung und wegen Vorentscheidung der Leberchüsse des Viehwerwertungsverbandes antwortet das Ministerium des Innern, gez. Lanßen, wie folgt: Das Staatsministerium wird die Landwirtschaftskammer in Zukunft in allen wichtigen landwirtschaftlichen Fragen gutachtlich hören, trotzdem das Landwirtschaftskammer-Gesetz vom 25. Januar 1900 der Kammer kein Recht gibt, es zu fordern. Ihr ist die Aufgabe eines Beirats des Staatsministeriums zugewiesen, dessen Entscheidung es überlassen bleibt, in welchem Umfang die Heranziehung der Kammer notwendig oder zweckmäßig erscheint.

Das Staatsministerium wird aber ungeachtet dieser Bestimmung in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Berufsvertretung der Landwirtschaft alle wichtigen, die Landwirtschaft angehenden Fragen zu einer alle Volksschichten befriedigenden Lösung zu bringen versuchen.

In den einzelnen Beschwerden des Schreibens vom 9. Mai d. J. wird bemerkt, daß die Angelegenheit, betreffend Festsetzung der Höchstpreise für Eier und Ferkel, so dringlich sei, daß die Eingehung eines Kammergutachten nicht mehr möglich erschien. Es handelt sich in diesem Falle auch nicht um rein landwirtschaftliche, sondern auch um volkswirtschaftliche Interessen, Erzeugung und Verbrauch sind also gleichmäßig interessiert. Für solche Fälle aber sind zur Vereinigung der Verhandlungen seinerzeit den landwirtschaftlichen Organisationen des Landes Beiräte zugewiesen, in die auch die Landwirtschaftskammer Vertreter entsendet.

Von der in den Berichten der Landwirtschaftskammer bemängelten Verordnung über Ablieferung von Butter und Maßnahmen gegen ungenügende Ablieferung von Milch ist dem Direktorium nichts bekannt worden. Sie ist f. Jt. von der Landesfeststelle innerhalb des Rahmens ihrer Befugnisse selbständig erlassen.

Zu dem Antrag, betreffend den Beschluß des Vorstands des Viehwerwertungsverbandes, der Landwirtschaftskammer aus den Leberchüssen des Verbandes zunächst die Summe von M. 200.000.— zur Verfügung zu stellen, bemerkt das Staatsministerium, daß der Landwirtschaftskammer ein Einpruch gegen die Verwendung der Leberchüsse des Viehwerwertungsverbandes nicht zulässig ist. Die Regierung hat selbständig über diesbezügliche Anträge des Verbandes zu entscheiden. Für die Entscheidung sind die Gesamtinteressen des Staates maßgebend. Nachdem der Landtag mit kleiner Mehrheit den Lebergang zur Tagesordnung über die Eingabe des Landbundes, betreffend Verwendung der Leberchüsse des Viehwerwertungsverbandes, beschlossen, dann aber das Staatsministerium erneut um Prüfung derselben Frage ersucht hat, wird hierzu mitgeteilt, daß das Staatsministerium nicht abgesehen ist, aus Mitteln des Viehwerwertungsverbandes der Landwirtschaftskammer M. 200.000.— zur Verfügung zu stellen.

Grundbesitz wird bemerkt, daß das Staatsministerium den Viehwerwertungsverband als Monopolbetrieb ansieht. Sämtliches Schlachtfleisch muß an den Viehwerwertungsverband abgeliefert werden. Der Betrieb wird unter voller finanzieller Verantwortung des Staates geführt. Der Staat haftet also für das bei dem Betrieb des Viehwerwertungsverbandes entstehende Defizit. Nur die Leberchüsse aber hat bei Staatsmonopol der Staat konsequenterweise in seiner Gesamtheit Anspruch. Der Landtag wird daher mit über die Verwendung zu bestimmen haben. In der Voraussetzung, daß beim Betrieb des Viehwerwertungsverbandes keine größeren Verluste eintreten, wird das Staatsministerium dem Landtag bei seiner nächsten Zusammenkunft vorschlagen, daß aus den Leberchüssen des Viehwerwertungsverbandes M. 200.000.— der Landwirtschaftskammer zu Zwecken der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion zur Verfügung gestellt werden. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der Landtag dieser Anregung folgen wird. Wir erwarten, daß dem Einpruch der Landwirtschaftskammer hierdurch Genüge geleistet ist."

Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine gegen die Betriebsräte.

Nach dem Geschehen über Betriebsräte sollen auch in landwirtschaftlichen Betrieben mit regelmäßig 20 Arbeitnehmern Betriebsräte und in bäuerlichen Betrieben mit 5-20 Arbeitnehmern Obleute (kleine Betriebsräte) gebildet werden. Das aktive Wahlrecht ist mit 18, das passive mit 20 Jahren bei dreijähriger Berufsausübung und sechsmonatiger Betriebszugehörigkeit gegeben. Das Aufgabengebiet umfaßt u. a. auch maßgebende Mitwirkung bei Festsetzung der Löhne sowie der Arbeitszeit, bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern und endlich bei der Betriebsleitung und Betriebsaufsicht. Die teilweise Festsetzung der Arbeitszeit und Löhne durch Beiräte der Arbeiter wird zu dauernden Streitigkeiten und Streiks führen, wie wir dies schon in manchen Zweigen unseres Wirtschaftslebens beobachten können. Die glücklichen Beziehungen, wie sie heute in der Landwirtschaft, speziell in bäuerlichen Betrieben, noch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen, würden damit ihr Ende erreichen. Auch hier würde das persönliche Verhältnis durch ein kapitalistisches Verhältnis ersetzt.

Die Befugnisse bezüglich der Einstellung und Entlassung von Arbeitern gehen so weit, daß der Betriebsleiter praktisch vollständig in die Hand seiner Arbeiternehmer gegeben wird. In Anbetracht des großen Arbeitermangels in der Landwirtschaft besteht die Gefahr, daß die ohnehin schwierige Beschaffung von Arbeitskräften durch das Eingriffsrecht des Obleuten sich noch schwieriger gestaltet. Weiter wird der Arbeitgeber sich hüben, städtische Arbeitskräfte einzustellen, da er sie bei Unbrauchbarkeit nur mit Genehmigung des Obleuten wieder entlassen darf. Das Gesetz führt dahin, daß der Arbeitnehmer beliebig kündigen kann, der Arbeitgeber dagegen überhaupt nicht, wenn die Arbeiterfrage mit der Kündigung nicht einverstanden ist.

Den jungen Arbeitern sind viel zu große Rechte eingeräumt. Nach alter Erfahrung werden sie die Leitung an sich reißen. Es ist aber verständlich, daß gerade sie ihre eigenen Interessen in die erste Linie stellen werden auf Kosten der Förderung der Leistungsfähigkeit des Betriebes. Es besteht die Gefahr, daß sie den Leiter wie die alten angelesenen Arbeiter terrorisieren und der Streik zur allseitigen Erscheinung wird. Die niedrige Grenze für das aktive wie passive Wahlrecht bedeutet angelehnt an den erwartenden Zugang radikaler Elemente aus den Städten geradezu das Streben, diesen radikaleren Elementen die Oberhand im Betriebe zu verschaffen. Außerdem ist nicht einzusehen, inwiefern durch die Mitwirkung junger Leute bis zu 20 Jahren, die vielfach gerade in dem betreffenden Betriebe keine Erfahrung haben können, die Produktion gehoben werden könnte.

Unser entfällt das Gesetz allerlei Schutzbestimmungen, allein auch bei Verwirklichung derselben werden dauernde Meinungsverschiedenheiten und störende Streitigkeiten die Folge sein.

Der Entwurf ist überhaupt eine schematische Übertragung von Bestimmungen über industrielle Verhältnisse auf die total anderen Verhältnisse und Bedürfnisse der Landwirtschaft. Es wird vollständig verkannt, daß die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, insbesondere in bäuerlichen Betrieben, insofern der engen Hausgemeinschaft ganz anders liegen, als in der Industrie. Gute persönliche Beziehungen sind aber eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeitsleistung und damit für geistliche Arbeit selbst. Durch das vorliegende Gesetz, speziell auch durch die Bestimmung über die Obleuten in bäuerlichen Betrieben, werden die Männer in bäuerlichen Betrieben, werden die Obleuten zur Einschränkung der Zahl der Arbeiter und damit zur Einführung einer ersten Klasse von Arbeitern veranlaßt.

Das Gesetz bedeutet ferner eine Vergewaltigung des größten Teiles der landwirtschaftlichen Arbeiter. Nach allem demokratischen Prinzip müssen doch die Arbeiter eines Betriebes selbst in erster Linie bestimmen können, ob sie einen Betriebsrat bilden wollen oder nicht.

Nach alledem müssen wir das ganze System der Betriebsräte, speziell f. d. bäuerlichen Verhältnisse, grundsätzlich ablehnen, namentlich auch die Mitwirkung bei den vorerörterten Punkten. Zur jetzigen Zeit gar die Betriebsräte einzuführen, ist eine Maßregel, für die wir jede Verantwortung ablehnen müssen.

Den Herrn Reichsarbeitsminister bitten wir daher ergebenst, gütigst dahin wirken zu wollen, daß das Gesetz über die Betriebsräte für die Landwirtschaft, speziell für die bäuerlichen Betriebe, keine Anwendung findet.

gez. Frhr. v. Kerckerlingk zur Borg, Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Bauernvereine.

Siedlungen u. Wiederaufbau.

Von Abg. Jacoby-Kauff. Die Siedlungsfrage ist heute eine der wichtigsten unseres Wirtschaftslebens. Sie betrifft in sich die Beschaffung von Grund, Boden, Wohnungen und Wirtschaftsgütern, und ihre Lösung will die Möglichkeit geben, selbständig Ackerbau und Viehzucht zu betreiben. In der Lösung der Siedlungsfrage sind alle Stände, nicht nur die Landwirte, Arbeiter und Kleinbürger interessiert; denn letzten Endes zielt sie auf eine Hebung der Arbeitsfreudigkeit hin und trägt zur Ueberwindung und Verhinderung von Streiks bei. Reich und Staat sind zur Einflucht gekommen, daß die Durchführung großartiger Siedlung notwendig ist. Auf die bei der Bereitstellung einer großen Anzahl von Parzellen, von denen jede eine Familie Lebensunterhalt gewöhnen und darüber noch einen Ueberfluß an Lebensmitteln produzieren muß, der Allgemeinheit zugeführt werden kann. Stofflich ist nachgemessen, daß der kleinere und mittlere Grundbesitz 80 Prozent des zur Schöpfung kommenden Viehdiebes und 90 Prozent der Schweine in Deutschland liefert. Die Erhöhung der Produktion von Butter, Eiern, Fett und Fleisch ist für Deutschland eine Lebensnotwendigkeit, und sie wird am meisten gefördert durch Kleinbesiedlungen. Die Vorbereitungen zur Schöpfung ländlicher Siedlungen in großem Umfang sind zurzeit allerdings nicht günstig. Haben wir genügend Grund und Boden? Finden wir zur Siedlung geeignete Leute? Sind wir in der Lage, ihnen die erforderlichen Wirtschaftsgüter sowie Baumaterialien zu liefern? Grund und Boden ist heute in den Domänen und den einzelnen Grundbesitzern in großem Umfang zu Verfügung. Die großen Liegenschaften kommen für die Siedlung zuerst in Betracht; denn die Zerteilung der mittleren und kleineren Güter würde die Lebensmittelproduktion sehr schwächen.

Diese Güter sind am ehesten in der Lage, den wachsenden Bedingungen der Erzeugung und des Absatzes sich anzupassen. Aber auch die völlige Aufteilung der Großgrundbesitzes ist ein gewagtes Unternehmen, weil dieser einen großen Körnerbeitrag abgibt, während die Familie des Siedlers ihren Körnertrag mehr oder minder selbst verbringt. Ein vermehrter Kleinbesitz in gesunder Mischung mit größerem Grundbesitz garantiert der Landwirtschaft eine neue Blüte. Die Frage nach der Eignung der Siedler ist schwieriger zu beantworten; denn ein großer Prozentsatz jener, die in der Siedlung ihr Heil suchen, werden die ererbten Ziele wohl nicht erreichen. Darum muß gerade in der Auswahl der Siedler große Vorsicht obwalten, damit die Allgemeinheit keinen Schaden leidet. Sehr schwierig ist auch die Beschaffung von Baumaterialien und Ackergeräten. 18.000 Ziegeleien sind vorhanden, aber es arbeiten darin nur 15.000 Menschen; viele industriellen Werke liegen still, Werkzeuge, Geräte und Maschinen sind nicht zur Verfügung vorhanden. Ueber diese Schwierigkeiten wird uns nur Arbeit hinweghelfen. Die Verfestigung der Domänen, Remontierungs- und entgegengesetzten Grundstücke muß bald begonnen werden. Danach soll erst auf das Privateigentum übergegangen werden.

Verkaufswert oder Ertragswert landwirtschaftlicher Grundstücke in der Steuerbegleichung?

Von Abg. Dr. Reineke, Münster i. W.

In der Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte war es gelungen, dem Gedanken zum Siege zu verhelfen, daß als Wert solcher Grundstücke, welche dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, nur der Ertragswert und nicht der sogenannte gemeine Wert oder Verkaufswert in Frage kommt. In den jetzt vorliegenden Entwürfen für die neuen Reichssteuern, insbesondere in dem Entwurf für die Vermögensabgabe und für die erweiterte Erbschaftsteuer ist diese Grundlage verlassen. Für die Landwirtschaft besteht die große Gefahr, daß der Verkaufswert landwirtschaftlich genutzter Grundstücke der Besteuerung zu Grunde gelegt werden soll. Allerdings ist in dem Entwurf für die Vermögensabgabe die Vergünstigung vorgesehen, daß bei land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz $\frac{1}{2}$ des Wertes von der Steuer befreit bleibt. Damit wird aber die Ungerechtigkeit der Steuerberechnung nicht beseitigt. Der Ertragswert ist der Ausdruck der geschätzten zukünftigen Ertragsfähigkeit der Landgüter.

Er wird dadurch ermittelt, daß der jährliche wirkliche Reinertrag, der bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung dauernd erzielt werden kann, kapitalisiert wird und zwar mit dem Finanzanzwachsungsfuß. Der Kaufpreis landwirtschaftlicher Grundstücke ist die Kapitalisierung des Reinertrags. Die Frage und Angebot von Grundstücken, sowohl die Nachfrage als auch das Angebot wird dabei von einer ganzen Reihe von Gesichtspunkten bestimmt. Der beim einzelnen Käufer oder Grundstückskauf gezahlte Kaufpreis beruht stets auf einer Verschätzung, welche die Verhältnisse der Nachfrage und des Angebotes von Landgütern und Grundstücken in Betracht zieht. Der Kaufpreis fixiert und realisiert diese Schätzung für den Einzelfall des Kaufes. Die Kaufpreise können sich also je nach Lage der Verhältnisse ganz unabhängig von den wirklichen Ertragswerten entwickeln. So sehen wir gerade in unserer Zeit, daß häufig die Ertragswerte zu den wirklich bezahlten Grundstückspreisen in gar keinem Verhältnis stehen. Der Unterschied zwischen Ertragswert und Kaufpreis ist aber auch in den einzelnen Landesteilen ganz verschieden, so daß der Abzug von $\frac{1}{2}$, wie er in dem Entwurf über die Vermögensabgabe vorgesehen ist, eine ganz ungleiche Wirkung ausüben würde. Gegenwärtig ist eine ganz unbegründete Steigerung der Immobilien Werte eingetreten. Eine wirkliche Schätzung ist kaum möglich. Die geschätzten Kaufpreise stehen häufig zur Leistungsfähigkeit des Grund und Bodens oft geradezu in keinem Verhältnis. Kriegsgewinner haben oft geradezu Panikpreise bezahlt, um ihr Geld in Grundbesitz anzulegen. Wie will man bei dieser Sachlage den wirklichen Verkaufswert eines Grundstücks, eines Landes etc. ermitteln? Und welche Werte sollen für das Inventar eingesetzt werden? Die Preise dafür sind bekanntlich zur Zeit außerordentlich hoch. Aber sie bleiben nicht so hoch und fallen wieder, sobald wieder genügend Rohstoffe für die Fabrikation vorhanden sind. Für den praktischen Landwirt kommt nur der Ertragswert in Frage. Er besitzt seinen Hof, um ihn zu nutzen und um ihn demnach seinen Nachkommen möglichst ungehindert zu überlassen. Der Bauerhof ist kein Verkaufsobjekt. Noch ist unser Bauernstand selbst und denkt — von Ausnahmen abgesehen — nicht an Verkauf. Die Allgemeinheit hat das größte Interesse daran, diesen Zustand zu erhalten und angelehnt dessen ist es notwendig, an der alten Steuerpolitik festzuhalten und die Besteuerung unter Grundbesitzern und die Besteuerung unter Grundbesitzern im Ertragswertgesetz und in den bisherigen Erbschaftsteuergesetzen vorgesehen ist. Würde man den Verkaufswert zugrunde legen und würde für die Ermittlung desselben die neuzeitlichen Verhältnisse maßgebend sein, so würden wir auf die Dauer zu einer Verdrängung in der Landwirtschaft und damit zur Mobilisierung des ländlichen Grundbesitzes kommen.

Aus dem oldenburg. Münsterlande

Beicht, 24. Juli.

Die Hundstage nehmen heute ihren Anfang und dauern bis zum 24. August. Soffentlich bleibt das Wetter die Hundstage hindurch nicht so wie bei ihrem Anfang (kaum 10 Grad Wärme). So rechte Hundstagshitze, wie manche sie noch aus früheren Jahren kennen, wäre uns dringend not.

Die Versorgungsabteilung des Bezirkskommandos II Oldenburg macht alle diejenigen Rentenempfänger, denen die Kriegs- oder Berufsunfähigkeits- oder beide Zulagen kapitalisiert sind, darauf aufmerksam, daß diese Beträge im Januar d. J. bei der einmaligen doppelten Auszahlung der Renten nicht berücksichtigt sind. Die Beteiligten werden daher aufgefordert, unverzüglich der Versorgungsabteilung einen Antrag auf Nachzahlung einzureichen. Zu dem vom 1. Juni 1919 ab bemilligten 40 Prozent Leerungszuschlägen sind die kapitalisierten Zulagen ebenfalls nicht berücksichtigt. Diese Nachzahlung ist bereits von der Versorgungsabteilung verlangt. Hierzu bedarf es also keines besonderen Antrages mehr.

Frühharthoffel-Saatgut für den Anbau 1920.

Es besteht nach der Erfahrungen der Vorjahre Veranlassung, darauf hinzuweisen, die Frühharthoffel nicht vorzeitig zu roden, sondern sie vielmehr gut austreten zu lassen zwecks Erzielung voller Ernten und guter Haltbarkeit. Besonders gilt dies für die als Früh-Saatgut zum Anbau 1920 bestimmten Mengen und Sorten. Diese aus der eigenen Ernte in den nächsten Wochen zu geminnen und sorgfältig aufzubewahren ist aber dringend erforderlich, da mit Lieferung von Saatgut aus anderen Provinzen nicht gerechnet werden kann.

Kaufmann. Die Handelskammer schreibt: Das Publikum hält mit Einkäufen stark zurück, da ein allgemeiner Preisrückgang oder doch wenigstens ein allmähliches Fallen der Preise erwartet wird. Letzteres trifft sicherlich für viele Warenarten zu, jedoch nicht für Eisen, Emaille- und ähnliche Waren, bei denen infolge der Ertrags-, des Kohlenmangels und der erhöhten Lohnforderungen eher noch mit einer Preissteigerung, zumindest jedoch mit einem Beibehalten der jetzigen Preise gerechnet werden muß. In allen Fällen der Preise in diesen Warengruppen ist aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit nicht zu denken.

Dinklage, 22. Juli. Ein neuer Gesangverein, der gemischte Chor „Frohn“, ist hier entstanden. Bei der Gründung am Samstagabend haben sich bereits 47 Damen und Herren als Mitglieder eingetragen. Um die volle Kraft des Gesanges sowie die Gemüthsruhe zu pflegen, finden die Uebungsstunden jeden Mittwoch im Saale des Herrn Aug. Nisse statt. Dem jungen Verein ein Vivat, floreat, Crescat!

Damme, 22. Juli. Zurzeit weilen in unserm Orte allerlei Sommerfrischler, so daß unsere Gasthöfe und selbst das Eigenbahner-Erhaltungshaus voll besetzt sind. Wohlstand finden wir, daß die Kurgäste nicht mehr, wie es in den Kriegsjahren der Fall war, die Landwirte behufs Ankaufs von Lebensmitteln besuchen, wodurch uns diese empfindlich verlorener oder wohl gar entzogen wurden. — Die Wäckererente, die in diesem Sommer besonders ergiebig war, geht ihrem Ende entgegen. Große, ja sehr große Mengen Sudeh gesammelt worden; denn nicht nur Einheimische haben reiche Beute heimgetragen, sondern noch mehr ist von den Fremden, die täglich zu Hunderten sich einstellen, gesammelt worden. Zu Fuß, zu Wagen, mittels Rad oder Bahn stellen diese sich ein und konnten abends reichbedulden zurückkehren.

Cloppenburg, 22. Juli. Der Preis für Rindfleisch ist auf 3 Mk., der Preis für Wurst auf 1,50 Mk., das Pfund festgesetzt worden. — Eierarbeiten werden am Donnerstag von 8 $\frac{1}{2}$ —12 und 3—5 Uhr ausgegeben. Sühnerholzer werden nicht berücksichtigt.

Scherer, 21. Juli. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß jetzt, wo uns die schweren Preissteigerungen anfangen, wieder, alle Welt zum Lange drängt. Hier herrscht sonst, wie auch in anderen Gemeinden, die übliche Gewohnheit, daß an den Sonntagen nicht gefestigt wurde, aber während an anderen Orten an der alten Gewohnheit festgehalten wird, sucht man sie hier abzuschaffen. Und wenn nun auch erfreulicherweise die meisten Einwohner zum weitaus größten Teil sich noch fernhalten, so kommen doch von auswärts Langzügler mit der Bahn herangefahren. Schade, daß man nicht überall Verständnis für die alte, gute Sitte hat und sich unwillig darüber aufstellt, wenn jemand, der Liebe zum Volke hat, seine warnende Stimme erhebt. Man sollte sich doch von höheren Gesichtspunkten leiten lassen und nicht auf die herein, die für solche Dinge noch kein rechtliches Verständnis haben können oder in ihrem Urteil zu sehr von irdischen Interessen bestimmt werden.

Königen, 22. Juli. Der während der Mission hier gegründete Missionverein in zahlreichere Mitglieder. In der letzten Versammlung wählte man 33 Frauen zu Bezirksvorsitzenden. — In letzter Zeit wurden hier wieder an einigen Stellen Lebensmittel beschlagnahmt.

Königen, 21. Juli. In der letzten Gemeinderatsversammlung wurden für die einzelnen Bauerschaften der Gemeinde die Bezirksvorsteher (im ganzen 22) gewählt. Zum Bezirksvorsteher des Gemeindevorstandes wurde Apotheker König gewählt. Dem Schulvorstand gehören außer den ständigen Mitgliedern (Pfarrer Teppe und Hauptlehrer Prof.) an Jeller Bishoff, Suckelrieden, Cigert

Heeger - Elbergen, Eigner Sandker - Lodbergen, Pädler Ancken-Bunnen und Apotheker König-Leningen. Die Armenkommission besteht aus Gemeindevorsteher Meyer, Apotheker König und Hausbohn Wolfes-Winkum. In den Gemeindevorsteher wählte man für den Ort Königen Apotheker König, für das Gläbiger Viertel Jeller Schmetkamp-Gemamp, für das Lodberger Viertel Landwehr Lübbens - Solthausen, für das Bunner Viertel Eigner Ahrens-Bunnen und für das überhöfische Viertel Jeller Trimenians-Winkum. In den Amtsrat wurden vier Mitglieder aus dem Ort Königen und fünf Mitglieder der Bauer-schaften gewählt.

Am 21. Juli. Heute begeben die Eheleute Jeller August Hengemühle und Frau Josephine geb. Sandker das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Umher herzlichem Glückwunsch dem Jubelpaare und nach weiteren zehn Jahren den diamantenen Kranz!

D. Barfel, 21. Juli. Der Kontrollbeamte für die diesjährige Torfverpachtung des Oldenburg Landes, Herr Koch aus Oldenburg, hielt gestern im Saale des Herrn Grothschneider hier einen instruktiven Vortrag für die Torfzueger. Er beklagte sich, daß zu wenig Torf an die Kommunalverbände geliefert würde, weshalb die Erlaubnis für die Ausfuhr zurückgehalten werden müßte und einzuweilen von drei Torfablagen nur eine Ausfuhrabgabe bewilligt werden könne. Im weiteren wurde von ihm bekanntgegeben, daß nur die diejenigen Torfzueger, die an die Kommunalverbände des Oldenburg Landes geliefert seien, als Ausweise für die Ausfuhrerlaubnis anerkannt werden könnten. Er wisse, daß einzelne Torfzueger in spekulativen Absicht ihren trockenen Torf an dem Felde stehen lassen in der Erwartung, im Winter oder nächsten Frühjahr hier bessere Preise zu erzielen. Diese würden für dieselben täuschend und voranschicklich gegenwärtige Erfahrungen machen; denn die Abänderung des bestehenden Preises für Erhebung sei ausgeschlossen. Für Ermäßigung desselben sei der Weg aber offen. Es liegt somit im Gesamtinteresse der Torfzueger, sowie der Torfkäufer, daß an die torfzuegernden Gemeinden der engeren Heimat stoff abgeliefert wird.

Zum Turn- und Rassenportfest in Dinklage am 27. Juli 1919.

Der Turnverband Südboldenburg trat zum letzten Turnfest im Sommer 1914 zum friedlichen Kampfe in Dinklage an — und dann wurde plötzlich der blutige Blitz, die Himmel bluteten, und alles belebte. Der Krieg, der bittere Krieg war da! Gelehrter rief er manchem Vereinsten ein „Ruhe“ zu, so auch dem Turnen. 4 Jahre bitterer Not und schweren Kriegen haben wir durchlebt. Der wilde Sturm nahm uns alles, und das, was er uns ließ, ist ein wenig Mut zum harten Leben. Der Mut richtet uns auf an den gräßlichen Gräbern unserer jählichen Hoffnungen, der Mut stößt uns friedliche Lebensluft ein, der Mut führt uns ins fröhliche Leben zurück. Auch zum Spiel und Sport ist uns frisch-fröhlicher Mut geworden. Zwar vorzüglich riefen sich die Turnvereine Südboldenburg den Schlaf aus den Augen, aber dann standen sie auch mit festem Fuß auf dem Wege, man ging frischen Mutes an die Arbeit, schnell entwickelte sich in allen Vereinen eine rege Tätigkeit. Die Einladung des Dinklager Turnvereins zu seinem Sommerfeste wurde von den Nachbarvereinen sehr begrüßt. Dieses Fest soll die Kräfte wiederum zur höchsten Leistung anspornen, um zu zeigen, was man gelernt hat und um das Interesse für den Sport bei Jung und Alt wachzurufen. Am nächsten Sonntag wird sich ein großer Teil der Südboldenburger Turner auf dem Dinklager Sportplatz ein „Mut heil“ zurufen. Die Turner werden heiß um den Eigentum ringen. Den Einzelwettkämpfen in Freil- und Handgeräthübungen, Kugelstoßen, Hürdenlaufen und Pferden werden sich Kampfpfeile in Faust- und Schleuderball anschließen. Zum Faustballwettkampf werden sechs Mannschaften antreten. Als Hauptereignis des Festnachmittags dürfte wohl das Schleuderballwettkampf gelten, das zwischen der Mannschaft des Vereins Cloppenburg und den jungen Kräften des Dinklager Vereins ausgetragen wird. Das Schleuderballspiel, welches in den ländlichen Kreisen der Nordsee seine Heimat hat, und welchem auch von unseren Landweilern das größte Interesse entgegengebracht wird, wird auch die hiesigen Landweilern begeistern. Die schnelle Auffassung der Spielweise ruf das Interesse der Bevölkerung für dieses Spiel wach. Die Wettkämpfe, Spiele und Wettläufe werden die Zuschauer zu lebhafter Anteilnahme hinreizen. Es wird ein besonderer Reiz sein, den Turnspielen zusehen zu können, und man möchte nur immer wieder wünschen, daß die Zeit bald immer möge, wo der Sport mehr als bisher Gemeingut unseres Volkes wird. Dies blühende Jugendleben auf grünem Plan mit seiner stolzen Lebenslust und gefunden Kraftentfaltung, mit seiner Kampfesfreude im kühnen Dahinjollen, mit seinem Herzschlag's und hochschwellender Brust, dieses Jugendleben sollte von der ganzen Volkseele getragen und zur höchsten Bedeutung erhoben werden. Der Sport muß als vaterländische Pflicht angesehen werden, denn einst werden wir Kräfte, eiserne Kräfte gebrauchen müssen.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 24. Juli. (—) Außer den bekanntgegebenen Waren wird in dieser Woche noch auf die blaue Lebensmittelliste Nr. 619 ein Pfund Brot auszugeben. (—) Der Bezirksamtsschub der Zoll- und Steuerbeamten legt sich folgendermaßen zusammen: Mitglieder: Hauptamtsschub Leans, Hauptamtsschub Bitter, Steueramtsschub Schüller, Oldenburg, Grenzaußseher, Spetmann, Nordenham, Grenzauß-

seher Weffels, Brate; Erlaßmänner: Zollinspektor Rammen-Barel, Zollinspektor Bokelmann-Oldenburg, Zollamtsschub Hammer-Nordenham, Steueramtsschub Wellmann-Cloppenburg, Grenzaußseher Raste-Gardwarderbrin, Grenzaußseher Böning-Nordenham, die Grenzaußseher Janßen 2, Erdmuerfel, Bundt 3-Lemwerder, Bollmann-Brate, Lübben 2, Brate.

(—) Kunstgewerbliche Beratungsstelle. Am 2. August wird in der Handwerkskammer zu Oldenburg eine kunstgewerbliche Beratungsstelle eröffnet, welche einen langgehegten Wunsch vieler Handwerker des Landes erfüllen wird. Die Anregung hierzu geht aus von dem Bunde Oldenburgischer Werkkünstler, der vom Oldenburgischen Künstlerbunde tatkräftig unterstützt wird. Die Handwerkskammer ist Trägerin des Unternehmens. An der Eröffnung schließt sich ein Kurstag an. Jeden Sonnabend in der Zeit von 8½ Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags, in der Zeit vom 2. August bis zum 18. Oktober findet der Unterricht statt. Neben einer Entwurfsabteilung sind ständige Vorträge vorgesehen, welche Anregung auf allen Gebieten der Kunst und des Kunstgewerbes geben und die Entwurfsabteilung ergänzen sollen. In den Kursen sollen Vorlesungen aller Art in guten Formen durchgeführt werden, so daß die Kurse mit den schon bekannten „Kursen in heimischer Bauweise“ zu vergleichen sind. Nur ist das Gebiet erheblich erweitert. Schüler der höheren Lehranstalten und Soldaten, welche sich demnachst einem der hier behandelten Berufe zuwenden wollen, haben hier Gelegenheit, einen Einblick in viele Zweige des werktätigen Lebens zu tun und können sich selbst ein Urteil bilden, ob sie zu dem in Aussicht genommenen Berufe auch wirklich befähigt sind. Die Organisation und Leitung hat Barar Rauchholz übernommen. Als Lehrkräfte haben sich bereit erklärt die Herren: Architekt Wolken, Architekt Stahl-Drach, Dipl.-Ing. Voll, Regierungsbaumeister Wohlshäger, Barar Rauchholz, Regierungsbaumeister Wibel, Tischlermeister Wiers, Tischlermeister Kroschke. Ferner die Kunstmalerei Professor Bernh. Winter, Bernack, tom Diek und Bakens. Anmeldungen sind sofort bei der Handwerkskammer einzureichen.

(—) Zum Leiter der für den Landesteil Oldenburg errichteten „Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegsinvalidenvereine“ in Oldenburg ist der Regierungssachverständiger, Kreisführer in Oldenburg und zu seinem Stellvertreter der Regierungssachverständiger Rudolph in Oldenburg ernannt worden. Die Dienstkräfte der Hauptfürsorgestelle sind in das Militärgebäude 2, Obergesch. Zimmer Nr. 175 verlegt worden.

† Eine Ortsgruppe der Rotkreuzvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener soll am Freitagabend im „Anton Günther“ ins Leben gerufen werden. Alle heimgekehrten Kriegsgefangenen sind dazu eingeladen.

† Der Soziale Ausschuss hielt am Montagabend eine Vertreterversammlung ab, in der u. a. beschlossen wurde, wegen der Durchbrechung der Sonntagsruhe in ländlichen Bezirken unseres Landes Eingaben an das Reichsarbeitsamt und das abendliche Ministerium zu richten. Ein Vertreter aller im Lande dem S. A. angeschlossenen Organisationen soll am 7. September in Oldenburg stattfinden. Seitens der zuständigen Behörden sind als Vertreter des S. A. in die Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegsinvalidenvereine fürge Sekretär Gentsch und Kaufmann Nieberg, in die Einkommensteuerkommission die Herren Sanke und Dammann gewählt. Dem Ausschuss ist eine größere Anzahl Häuser mitgeteilt, in denen nach Auffassung des S. A. angesichts der Wohnungsnot noch Wohnungen, die nicht genügend ausgenutzt werden, beschlagnahmt werden können.

† Am Welt-Plauen Montag ruhte hier die Arbeit in verschiedenen größeren Betrieben, so im Metalldepot, in der Wagenbauanstalt, der Glashütte usw. Abends hielten die Kommunisten auf dem Markt eine Versammlung ab.

† Verschiedenes. In Deichhorst wurde bei dem Gewitter am Sonntag eine Rauberschlagung — In der Reckenstraße wurde ein Haus von einem leeren kalten Schlag getroffen. — Aus einem Hause hinter der Volkshauserei wurden reichlich 600 Mk. und eine goldene Uhr gestohlen. Der Täter ist bekannt, aber flüchtig.

Feuerland und Jadedstädte.

† Rüstingen, 22. Juli. In Zusammenhang mit der Arbeitgeber in den Jadedäädien. Im Parkhause lagten gestern Abend die Vertreter der Gruppen aus Handel, Gewerbe und Industrie für Wilhelmshaven-Rüstingen. Der provisorische Vorsitzende legte ausführlich die Ziele und Notwendigkeit des zu gründenden Verbandes dar. Sein Zweck soll sein: Förderung und Wahrung der Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie; gemeinsame Vertretung gegenüber sämtlichen Angestellten- und Arbeiterverbänden; möglichst gemeinsamer Einkauf der einzelnen Berufsgruppen des Verbandes; Bekämpfung des Scheinhandels; des unanständigen Wettbewerbs; und von Unwesen in Handel und Gewerbe; Schaffung nützlicher Einrichtungen und von Geschäftsunternehmungen. Der Verband sei kein Kampfbund gegen Gewerkschaften, Behörden und Regierung, sondern strebe mit allen in Frage kommenden Faktoren in friedlicher Form einen Ausgleich an. Er strebe offenen, von jeder schädlichen Zwangsverpflichtung freien Verkehr in Handel, Gewerbe und Industrie, gleiche Rechte für alle Gewerbetreibenden und Gewerkschaften. Die freie Konkurrenz liege in erster Linie im Interesse der Bevölkerung, und nur diese freie Konkurrenz auf allen Gebieten sei der alleinige Regulator für die Lebensbedürfnisse. Jedes künstliche Gebilde, jedes Zwangsverpflichtung müsse auf die Dauer zusammenbrechen. Die Vertreter aller Gewerbegruppen stimmten diesen Grundrissen einmütig zu, und der Verband wird

unter dem Namen Arbeitgeberverband für Handel, Gewerbe und Industrie, e. V., Wilhelmshaven-Rüstingen gegründet. In den Vorstand wurden August Leffers als 1. Vorsitzender, Walter Lombard als 2. Vorsitzender, Berend Grashorn als 1. Schriftführer, Friedrich v. d. Breile als Kassierer, Friedrich Müller als 1. und Wilhelm Franke als 2. Beisitzer gewählt. In diesem Verband gehen auf der großen Arbeitgeberverband im Baugeberde, Vereinigung für Handel und Gewerbe, Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe. Zur Erledigung der Geschäfte wird ein besoldeter Generalsekretär angestellt, außerdem ein juristischer Beirat als Syndikus des Verbandes.

Bericht

des Landesarbeitsamtes, Zentrale für Arbeitsvermittlung, Oldenburg, über die Lage des Arbeitsmarktes in der Provinz Oldenburg im Juni 1919.

Oldenburg, den 16. Juli 1919. Bei 23 berichteten Arbeitsnachweiser wurden 8240 Gehehe von Arbeitsfindenden gestellt und 8001 offene Stellen angemeldet. Vermittelt wurden 5605 Personen.

Leider ist für den Berichtsmonat eine nicht unbedenkliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage festzustellen. Unter anderem mußten die in den Fortsen beschäftigten Stoffkammerarbeiter wegen Mangel an Arbeit entlassen werden; andere staatliche Stoffkammerarbeiten fanden nicht zur Verfügung. Während so auf der einen Seite die Zahl der Arbeitsfindenden fast ständig zunahm, war auf der anderen Seite eine Vermehrung der angemeldeten offenen Stellen nicht festzustellen.

Trotz der immer mehr notwendig werdenden Entlassungen seitens der Munitionsanstalten ist in der Stadt Oldenburg eine wesentliche Verschlechterung nicht eingetreten. Für kräftige Arbeiter fanden hier Erarbeiten zur Verfügung. Im Baugeberde war durch Bau von 50 Familienwohnungen der Kriegheimstätten-Gesellschaft Beschäftigungsmöglichkeit für Bauhandwerker und Handlanger. Die Entlassungen bei den Munitionsanstalten im Juli werden infolge der Wiederbetriebsetzung der Geschäfte weniger sehr in die Erhebung treten. Trotzdem dürfte die Unterbringung der zur Entlassung kommenden einzelnen Schwerkraften begehen. In Rüstingen-Wilhelmshaven hat sich die Lage seit Mitte Juni verschlechtert. Im Schluß des Monats wurden rund 100 männliche Arbeitslose kontrolliert. Die Verschlechterung ist hier hauptsächlich auf den Rückgang der Erdarbeiten bei den Parkanlagen und das verstärkte Ausbleiben aus der Regimentsstruppe und den Minenüberbänden zurückzuführen. Es besteht Ansicht, die Arbeitslosigkeit in erträglichem Umfang halten zu können.

In Varel ist eine bemerkenswerte Veränderung nicht zu verzeichnen gewesen. Delmenhorst hat nach wie vor mit äußerst schwierigen Verhältnissen zu kämpfen. Durch Entlassung der Stoffkammerarbeiter seitens der Forstverwaltung, von etwa 100 Personen seitens des Artillerie-Depots, sowie infolge Einschränkung anderer Betriebe ist hier die Zahl der Arbeitslosen von 993 auf 1137 angewachsen. Obwohl im Juli einige 100 Personen staatlichen Stoffkammerarbeiten zugeführt werden können, steht eine Besserung nicht zu erwarten, da mit weiteren Entlassungen gerechnet werden muß.

Brake hat eine äußerst geringe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Hier konnten fast sämtliche Erntehilfen beim Schönen der Lebensmitteldampfer beschäftigt werden. Die Landwirtschaft zeigte sich aufnahmefähig für Kleinarbeiter. Für Großhandels- und Verwalter war dagegen eine Unterbringungslosigkeit nicht vorhanden. Stellenweise mußte beobachtet werden, daß die ländliche Bevölkerung noch immer Fabrikarbeiter nachfragte.

Im Metallgewerbe war die Lage im allgemeinen nicht unangünstig. In Wilhelmshaven konnte der Bedarf der Staatswerft an gelernten Boots- und Schiffbauern noch immer nicht gedeckt werden. Der Mangel an derartigen Fachkräften scheint allgemein zu bestehen. In Oldenburg war ein geringes Überangebot an Schloßern zu verzeichnen, während in Varel auswärtige Kräfte herangezogen werden mußten.

Im Baugeberde war eine anhaltende Besserung festzustellen. Oldenburg und Varel mußten Material auswärts heranziehen. Auch in Brake fehlte es an Manneern. Der Mangel an Schuhamachern und Schneidern hält an.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe besteht nach wie vor großes Überangebot an Bäckern und Schloßern. In Oldenburg schweben wegen Unterbringung von kellerlosen Bäckern 3. J. Verhandlungen. Es steht zu erwarten, daß ein größerer Teil Beschäftigung im Beruf finden wird.

In der Textilindustrie besteht ebenfalls noch Arbeitslosigkeit in größerem Umfang. In Varel hat die Lederindustrie größere Aufträge. Eine Besserung der Lage ist aber infolge Materialmangel nicht zu verzeichnen gewesen. Im Schluß des Berichtsmontats bestand in Rüstingen in geringem Umfang, in Delmenhorst eine erhebliche Arbeitslosigkeit in den Berufsgruppen der Maschinisten, Heizer, Fabrikarbeiter und sonstigen Lohnarbeiter. Kanalarbeiter und Wäpseronalarbeiter konnten auch im Monat Juni in größerem Umfang Stellung finden. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkte ist die Lage im wesentlichen unangetändert. In Oldenburg besteht bei den den Munitionsanstalten entlassenen Arbeiterinnen nach wie vor wenig Neigung zur Arbeitsaufnahme im Haushalt, in der Landwirtschaft und in den Fortschiffabriken. Der Mangel an Schneidern machte sich im Juni recht fühlbar.

Genosse Stenotspinnen fanden nach wie vor schnell Beschäftigung. Ungeübte Bürokräfte sind dagegen überhaupt nicht unterzubringen. Es kann diesen jungen Mädchen nur immer wieder geraten werden, sich nach Arbeit im Haushalt umzusehen.

Wah und Fern.

Quakenbrück, 21. Juli. Hier kommen wieder 3 Zigaretten zur Verteilung. Auf jede männliche über 16 Jahre alte Person entfallen 10 Stück.

Quakenbrück, 21. Juli. Unter Pfarrer Piening begehrt heute sein 25jähriges Priesterjubiläum. Verleibe hat gebeten, von jeder weltlichen Feier abgesehen und verbringt den Tag in seiner Heimat. Die Gemeinde aber hat sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, zur Erinnerung an diesen Tag eine Sammlung zur Förderung eines Lieblingsplanes des Jubilars vorzunehmen. Diese Sammlung zur Beschaffung des Platzmangels und zur Aufschwümmung der St. Marienkirche erbrachte den schönen Betrag von Mark 83 423.—. Es sei hervorgehoben, daß die benachbarten Oldenburger Münsterländer sich wieder — wie bei ähnlichen Gelegenheiten — kräftig an dieser Sammlung beteiligten. (D. N. V.)

Wamsloh, 21. Juli. Nächtige Gewitter gingen am Sonnabend nachmittag über unsere Gegend und richteten, da sie stürmische von starkem Hagelgeschloffen begleitet waren, verheerende Schäden an. In Waccum und Pente wurde auf einer Breite von etwa 1 Kilometer durch die Hagelgeschloffen aber auch vernichtet. Der Erdboden war 3. L. mit einer dicken Schicht Hagel bedeckt, der Wald glich der Winterzeit, von den Kospflanzen waren nur noch die bloßen Stämme zu sehen; auch Hafer, Weizen, Gerste, Rüben, Kartoffeln usw., alles war fast dem Erdboden gleichgemacht und ist für die Ernte verloren.

Briefkasten.

Antwort. Auf die gestrige Anfrage im Briefkasten antwortet ein Leser: Aus schwarzem Tobak an die Beeren läßt sich ein Gelee von gutem Geschmack und Ansehen herstellen. Die Zubereitung ist dieselbe wie bei roten Johannisbeeren, doch bedarf es dabei nur der Hälfte des Zuckers.

Kurzer Wochenbericht

d. Preisberichtsstelle d. Dtsch. Landwirtschaftsrats vom 15. bis 21. Juli 1919.

Durch Verordnung vom 15. Juli hat die Regierung die Uebernahmepreise für die öffentlichen dem Wirtschaftskassen Landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Ernte 1919 festgelegt. Der Grundpreis für Roggen ist auf 400 Mk., für Weizen auf 450 Mk. erhöht worden. Gerste ist im Hinblick auf ihre weitgehende Heranziehung zur Brotbereitung dem Roggen im Preise gleichgestellt. Wie hierzu von amtlicher Seite bemerkt wird, ist die Erhöhung des Getreidepreises durch den Umstand bedingt, daß alle Produktionsmittel der Landwirtschaft um ein Vielfaches im Preise gestiegen, während die Betriebsmittel zurückgegangen und die Erträge gesunken sind. Wenn die Höchstpreise die Produktionskosten nicht mehr decken würden, dann wäre ein Rückgang des Getreidebannes unvermeidlich. Es sei aber um so notwendiger, die Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten, als die kassellische der Auslandszufuhren die höchsten Anforderungen an die Produktion der heimischen Scholle stellt. Weidliche Erzeugnisse führten zu der Erhöhung des Kartoffelgrundpreises auf 125 Mk.

Auf den Nord- und südamerikanischen Getreidemärkten herrschte in der abgelaufenen Woche sehr feste Verbände. Wir haben bereits im vorletzten Wochenbericht auf die Wahrscheinlichkeit einer Entkantung hingewiesen. Diese Wahrscheinlichkeit wird durch argentinischen Staaten dimingieren. Der inzwischen erschienene amtliche Monatsbericht hat diese Auffassung bestätigt. Dazu kommt, daß die Beschaffenheit der argentinischen Weizen durch argentinisches Erntewetter erheblich gelitten haben soll. Der Umstand, daß sich die Aufwärtsbewegung in Buenos-Aires indes keineswegs auf Weizen beschränkt, sondern daß auch die Preise für Weizen, Hafer und Leinwand (hart angezogen haben, deutet darauf hin, daß sich das Erportgeschäft am La Plata infolge vermehrter Lonnage allmählich liberalisieren scheint. Inwiefern nordamerikanische Einfuhren sich an argentinischen Märkten geltend machen, ist schwer zu durchschauen; jedenfalls haben die Amerikaner angesichts ihres gewaltigen Weizenüberschusses alle Grund, der argentinischen Konkurrenz besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Stimmen aus unserem Lesertreife

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)
Zusammenfassung von Vatter.

Wie wir hören, hat man im Amte Wildeshausen das Quantum für Selbstförger und Selbstförgerer verdoppelt. Im Amte Bedda ist man diesem Beispiele gefolgt, aber nur für die Selbstförgeren, nicht aber für die Verforgungsberechtigten. Die Selbstförgerer beziehen die doppelte Menge, die Selbstförgerer haben keine Aufbesserung erfahren. Weidlich anknüpfend bei uns einmüßig werden, was doch am liebsten wäre dies eine Frage, mit der sich unser Bürgerverein befassen sollte.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Bedda. Druck und Verlag: Wachter Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Bedda.